

# **VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG**

des Bezirksparteitages  
29./30. August 2009 in Emden

Samstag, 29. August 2009

Beginn: 10.00 Uhr

Am Samstagnachmittag findet auch die Verleihung des Hermann-Tempel-Preises statt.

Ab 20:00 Uhr: Parteiabend

Sonntag, 30. August 2009

Fortsetzung/Beginn: 09:00 Uhr

## TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des Parteitages
  - a) Wahl eines Präsidiums
  - b) Wahl einer Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
3. Beschlussfassung über Tages- und Geschäftsordnung
4. Parteitagsreferat Bundesminister Olaf Scholz  
- anschl. Aussprache
5. Berichte
  - a) des Vorsitzenden
  - b) des Schatzmeisters
  - c) der Revisoren
  - d) Aussprache zu den Berichten
6. Bericht der Mandatsprüfungskommission  
- Entlastung des Vorstandes
7. Wahlen
  - a) der / des Vorsitzenden
  - b) der 3 Stellvertreter/innen
  - c) des / der Schatzmeisters/in
  - d) der Beisitze/innen
  - e) der Revisoren
  - f) der Mitglieder des Parteirates
  - g) der Schiedskommission
  - h) der /des Delegierten und Ersatzdelegierten zum SPE-Kongress
  - i) der Delegierten und Ersatzdelegierten zu Bundesparteitagen
8. Anträge und Entschlüsse
9. Schlusswort des/der gewählten Bezirksvorsitzenden



## VORLÄUFIGE GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Mit beratender Stimme nehmen teil:

- a) die Mitglieder des Kleinen Bezirksparteitages
  - b) die Revisorinnen und Revisoren
  - c) die Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten des Bezirks
  - d) die Mitglieder der Antragskommission
  - e) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften bzw. deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter
  - f) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitskreise, -kommissionen und -projektgruppen
  - g) die Unterbezirksvorsitzenden
  - h) die Unterbezirksgeschäftsführer
  - i) die Parteitagsreferentinnen und Parteitagsreferenten
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.
  3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Statuten der Partei nicht anderes vorschreiben.
  4. Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD. Wahlen zu Parteiämtern erfolgen in getrennten Wahlgängen mittels Stimmzettel. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang die Mehrheit der gültigen Stimmen oder im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Der § 5 des Bezirksstatuts (Mindestabsicherung) ist verbindlich anzuwenden.

5. Wahlvorschläge für Parteiämter müssen bis zu einem vom Parteitag festzulegenden Termin dem Präsidium vorliegen.
6. Die Redezeit der Diskussionsrednerinnen und Diskussionsredner beträgt 5 Minuten.  
Sie erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort. Die Wortmeldungen werden erst nach Beendigung des Referats oder der Berichte entgegengenommen. Sie erfolgen unter Angabe des Unterbezirks, dem die Rednerin und der Redner angehören.
7. Initiativanträge müssen von mindestens 30 Delegierten unterschrieben sein. Sie müssen bis zu einem vom Parteitag festzusetzenden Termin dem Präsidium vorliegen.

Der Parteitag entscheidet über die Zulassung jedes vorgelegten Initiativantrages.

Änderungsanträge müssen schriftlich beim Tagungspräsidium eingereicht werden.

8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden.

Die Antragstellerinnen und Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge das Wort. Die Abstimmung erfolgt, wenn je eine Rednerin oder Redner für oder gegen den Antrag gesprochen hat.

Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 3 Minuten.

9. Berichterstatterinnen und Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge das Wort erhalten.
10. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig. Sie müssen der Verhandlungsleitung schriftlich vorgelegt werden.
11. Während der Dauer des Parteitages tagen seine Gremien parteiöffentlich.

# SPD-Bezirksparteitag 2009

## Mitglieder der Antragskommission:

Vorsitzender: Olaf Lies, KV Friesland

Karin Stief-Kreihe, KV Emsland

Hans Forster, UB Aurich

Werner Lager, UB Osnabrück-Land

Axel Brammer, UB Oldenburg-Land

Kristina Stuntebeck, UB Vechta

Anita Berghaus, UB Leer

Sigrid Rakow, KV Ammerland

Ursula Groskurt, UB Osnabrück-Stadt

## BerichterstatterIn der Antragskommission

Antragsblock A	Anita Berghaus
Antragsblock B	Axel Brammer
Antragsblock K	Kristina Stuntebeck
Antragsblock S	Ulla Groskurt
Antragsblock E	Sigrid Rakow
Antragsblock S	Olaf Lies
Antragsblock R	Hans Forster
Antragsblock o	Karin Stief-Kreihe



# **SPD-Bezirksparteitag 2009**

## **Anträge**





## Übersicht der Anträge zum Bezirksparteitag am 29. und 30. August

Nr.	Arbeit, Wirtschaft und Verkehr	Antragsteller
A 1	Wirtschaftspolitik in Weser-Ems ist Wirtschaftspolitik für Niedersachsen	Bezirksvorstand
A 2	Europäischer Mindestlohn verwirklichen	UB Osnabrück-Land
A 3	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	UB Oldenburg-Land
A 4	Zumutbarkeit von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, Mindestlohn	KV Friesland
A 5	Positionsbestimmung des SPD Bezirk Weser-Ems zum Grünbuch der EU Kommission über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik	Bezirksvorstand
A 6	Änderung der Insolvenzordnung	KV Friesland
A 7	ÖPNV stärken - GVFG erhalten	UB Osnabrück-Stadt
A 8	Mautpflicht für die E 233/B213	OV Dohren, Herzlake und Lähden
A 9	Verbrauchertäuschung bei Lebensmitteln beenden	Bezirksvorstand
A 10	SPD fordert gentechnikfreie Regionen	Bezirksvorstand

Nr.	Bildungspolitik	Antragsteller
B 1	Großbaustelle Bildungspolitik	Bezirksvorstand
B 2	Volle Halbtagschule	KV Leer
B 3	Ganztagschulen	KV Leer
B 4	Integrierte Gesamtschulen	KV Leer
B 5	Lernmittelfreiheit	KV Leer
B 6	Klassenfrequenzen	KV Leer
B 7	Personelle Ausstattung der Schulen	KV Leer
B 8	Schulpsychologenstellen	KV Leer
B 9	Keine Kommunalisierung von Lehrerarbeitsplätzen	KV Leer
B 10	Hochschullandschaft im Nordwesten - Bedingungen müssen stimmen	Bezirksvorstand
B 11	Fachbereich Seefahrt Leer	KV Leer
B 12	Von Eltern zu tragende Kosten	KV Leer
B 13	Chancengleichheit trotz Hartz IV und Sozialhilfe durch vollständige Übernahme der Kosten des Schulbesuchs zusätzlich zu den Regelleistungen	UB Oldenburg-Stadt

Nr.	Kommunalpolitik	Antragsteller
K 1	Kommunalverfassung	UB Oldenburg-Land
K 2	Gemeinwohl vor Gewinnmaximierung	UB Osnabrück-Stadt
K 3	Schließfächer in Schulen	KV Friesland
K 4	Rauchmelderpflicht für Wohn- und Geschäftsgebäude	KV Wittmund
Nr.	Soziales und Gesundheit	Antragsteller
S 1	(Kinder) Armut bekämpfen -Teilhabe sichern	Bezirksvorstand
S 2	Steuerpflichtige Kindergrundsicherung statt Kindergelderhöhung	UB Delmenhorst
S 3	Kindergeld	KV Friesland
S 4	Rente mit 67	UB Osnabrück-Stadt
S 5	Arbeitsversicherung einführen - Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung	Juso-Bezirksvorstand
S 6	Anerkennung tariflicher Löhne in der Pflege	Bezirksvorstand
S 7	Gesundheitspolitik im ländlichen Raum	Bezirksvorstand
S 8	Krankenversicherungsbeiträge nach Einführung des Gesundheitsfonds - Kompensation für Bezieher von Alterseinkünften	UB Delmenhorst
S 9	Für eine gute Integrationspolitik	UB Osnabrück-Land

Nr.	Energiepolitik	Antragsteller
E 1	Energiepolitik mit Zukunft - Weiterer Ausbau der Offshore Windenergie	Bezirksvorstand
E 2	Klimawandel: mehr regenerative Energien fördern und am Atomausstieg festhalten	KV Leer
E 3	Verursacherprinzip bei Kosten der Entsorgung des Atommülls	Juso-Bezirksvorstand
E 4	Ökologische Politik in öffentlichen Gebäuden	UB Osnabrück-Land

Nr.	Finanzpolitik	Antragsteller
F 1	Eine sozialgerechte Individualbesteuerung von Frauen und Männern	AsF-Bezirksvorstands
F 2	Keine im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse	Juso-Bezirksvorstand
F 3	Änderung der Subventionspolitik	UB Osnabrück-Land

<b>Nr.</b>	<b>Rechtsextremismus</b>	<b>Antragsteller</b>
R 1	Die SPD im Bezirk Weser- Ems kämpft weiter entschieden gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit	Bezirksvorstand
R 2	Gegen Rechtsextremismus - Für eine tolerante Gesellschaft! Doppelstrategie gegen Rechts	UB Osnabrück-Land

<b>Nr.</b>	<b>Organisationspolitik</b>	<b>Antragsteller</b>
O 1	Einführung von Landeslisten	Bezirksvorstand
O 2	Aufstellung von Landeslisten bei der Europawahl	KV Leer
O 3	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit des SPD Bezirks Weser-Ems mit der niederländischen PvdA im Gebiet der Ems-Dollart Region	Bezirksvorstand
O 4	Die bestehende Bezirksstruktur ist beizubehalten	UB Oldenburg-Land
O 5	Die SPD-Bezirke in Niedersachsen dürfen nicht aufgelöst werden	UB Oldenburg-Land
O 6	Rückmeldung bei weitergeleiteten Anträgen	KV Friesland



# **SPD-Bezirksparteitag 2009**

## **A**

### **Arbeit, Wirtschaft und Verkehr**



# Antrag Nr. A 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Wirtschaftspolitik in Weser-Ems ist Wirtschaftspolitik für Niedersachsen

Die Auswirkungen der Immobilien- und Finanzmarktkrise treffen auch die wirtschaftlichen Stärken Niedersachsens wie Automobil-, Logistik- und die maritime Verbundwirtschaft. Die kurzfristigen Anforderungen an die Wirtschaftspolitik für Niedersachsen erfordert die Prüfung und ggf. die Intervention zur Rettung von Standorten und Arbeitsplätzen. Strategisch und strukturpolitisch wichtige Branchen, Unternehmen und Infrastrukturen müssen in Niedersachsen erhalten bleiben, um nach der Krise gut vorbereitet und aufgestellt in die weltweite Entwicklung zu starten.

Die Stützung durch die Konjunkturprogramme I und II und die Arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen der Bundesregierung sind ein wichtiger Beitrag hierzu.

Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, dass wissensintensive und wettbewerbsfähige Industrien den tiefen wirtschaftlichen Einbruch überstehen können. Darüber hinaus ist eine Zukunftsstrategie und stärkeres Engagement gerade für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) notwendig, um durch dynamische Innovationsförderung Branchen und Cluster aus- und aufzubauen.

Die enge Verzahnung mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist ein Weg. Der Zugang für die Unternehmen muss mit handlungsfähigen Strukturen ausgebaut werden. Dazu sind auch die Transferstellen weiter zu entwickeln.

Für eine längerfristige und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik in Niedersachsen sind folgende Ansätze notwendig:

- Ziel muss eine Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik sein, um eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu erreichen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Plattformen und Netzwerke wie z.B. Metropolregionen, RIS und Ems-Achse. Hierbei ist eine Beteiligung der Kommunalpolitik sicherzustellen. Dazu müssen verlässliche Strukturen für die Partner/Kommunen geschaffen werden.

Antragskommission:

Annahme mit Änderungen

Weiterleitung an Landtagsfraktion

Streichen: „und aufgestellt“

- 47 • Regionale Wirtschaftsförderung kann damit im Wettbe-  
48 werb zu einer größeren Stärke verhelfen.  
49
- 50 • Branchenkonzentrationen in Niedersachsen und spezielle  
51 Innovationsschwerpunkte sind konsequent zu dynamischen Wirt-  
52 schaftsklustern weiter zu entwickeln, ohne dabei die Entwick-  
53 lungsmöglichkeiten der einzelnen Regionen zu behindern. Wir  
54 werden in Niedersachsen aber nicht jede Technologie an jedem  
55 Standort entwickeln können. Es gilt vorhandene Stärken und Spe-  
56 zialisierungen auszubauen.  
57
- 58 • Eine dynamische Innovationspolitik erfordert das Angebot  
59 spezialisierter Arbeitskräfte und den Ausbau der Qualifizierungs-  
60 und Arbeitsmarktpolitik.  
61
- 62 • Weil klein- und mittelständische Unternehmen in Nieder-  
63 sachsen eine geringe Forschungs- und Entwicklungsintensität und  
64 kaum Zugänge zur Forschungsinfrastruktur aufweisen, ist ihnen  
65 Zugang zu Forschung, Wissen know-how zu ermöglichen.  
66
- 67 • Durch den öffentlich- rechtlichen Bereich kann der Staat in  
68 der Wirtschaftspolitik als Treiber fungieren. Der Markt dient dann  
69 als Umsetzungsinstrument. (Beispiel erneuerbare Energien Gesetz;  
70 Investitionsprogramme im Wohnungsbau/in der Wohnungssa-  
71 nierung, zur Energieeinsparung, Wärmedämmung)  
72
- 73 Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Weser-Ems konkret:  
74
- 75 1. Die Entwicklungsförderung der kleinen und mittelständi-  
76 schen Unternehmen ist durch die stärkere Ausrichtung der Inno-  
77 vationspolitik (z.B. durch die Kompetenzzentren) auf die KMU in  
78 den Mittelpunkt zu stellen, um ihren Anschluss an die Wissens-  
79 ökonomie zu ermöglichen. Das Land hat die Aufgabe die Wissen-  
80 schaftspolitik eng mit der Wirtschaftspolitik zu verzahnen.  
81
- 82 2. Die maritime Verbundwirtschaft und Logistik ist wegen der  
83 zentralen Lage Niedersachsens zusammen mit den norddeutschen  
84 Ländern zur nationalen Aufgabe zu erklären. Hierbei ist mit dem  
85 Bund über einen verstärkten und beschleunigten Ausbau eines Inf-  
86 rastrukturnetzes zu verhandeln. Dabei ist besonders dringlich der  
87 Ausbau der Schiene zwischen dem JadeWeserPort zwischen Wil-  
88 helmshaven und Oldenburg.  
89
- 90 3. Ein Schwerpunkt in Nordwest Niedersachsen liegt in der  
91 Entwicklung der innovativen Luft- und Raumfahrtindustrie. Neben  
92 strategischen Standortfragen sind die Innovationsprozesse mit  
93 Hilfe des Landes weiter zu unterstützen, um im europäischen  
94 Standortwettbewerb zu bestehen und Entwicklungen auch für an-



95 dere Branchen zugänglich zu machen. Dies ist ein wichtiger Teil nie-  
96 dersächsischer Industriepolitik.

97

98 4. Unter Nutzung vorhandenen know-hows ist Niedersachsen  
99 als Energieland weiter auszubauen, wobei ein Schwerpunkt in der  
100 Nutzung (z. B. Kraft-Wärme-Koppelung) und nicht nur in der Er-  
101 zeugung und Durchleitung der Energie liegen soll.

102

103 Die Entwicklung moderner Windenergieanlagen muss sich auch  
104 bei der Erneuerung (Repowering) der vorhandenen Windenergie-  
105 anlagen und-parks widerspiegeln.

106 Gemeinsam mit den Kommunen sind Rahmenbedingungen für  
107 das Repowering zu entwickeln. Ziel sind weniger Anlagen mit einer  
108 höheren Einspeisung. Das dient den Interessen der Bürger vor Ort  
109 und einer dezentralen Energieversorgung.

110

111 Arbeitsplätze müssen in Nähe der Standorte für Energiegewin-  
112 nung geschaffen werden, um die Energietransportwege so kurz  
113 wie möglich zu halten.

114

115 5. Niedersachsen ist kultur- und tourismuspolitisch weiter zu  
116 erschließen. Besondere Schwerpunkte liegen dabei im Bereich  
117 Nordseeküste und Harz, die im direkten Wettbewerb der nord-  
118 deutschen Länder liegen. Für weitere Teile des Landes sind mit Hil-  
119 fe der Tourismusmarketing Niedersachsen regionale Entwick-  
120 lungskonzepte verstärkt zu unterstützen.

121

122 6. Land- und Ernährungswirtschaft sind ein wichtiges wirt-  
123 schaftliches Standbein West-Niedersachsens, die wichtige Wert-  
124 schöpfungsketten und Beschäftigungseffekte sichern.

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135 7. Gerade in Krisenzeiten setzt sich die SPD für eine Mitbestim-  
136 mungsoffensive in Niedersachsen ein. Aufgrund der erfolgreichen  
137 Erfahrungen (Beschäftigungs- und Standortsicherung, sowie Zu-  
138 kunftsinvestitionen) in zentralen Industrien muss Mitbestimmung  
139 ausgebaut und in Kooperation mit Gewerkschaften und Arbeit-  
140 nemervertretungen weiter entwickelt werden.

Ergänzung nach .....sichern:  
Der Multifunktionalität der  
Landwirtschaft (Nahrungs-  
mittelerzeugung, Energie,  
Tourismus, Pflege der Kul-  
turlandschaft) muss Rech-  
nung getragen werden. Sie  
darf aber nicht zu negativen  
Einschränkungen der  
gemeindlichen Entwicklung  
führen.

1 **Antrag Nr. A 2**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Osnabrück-Land**

5  
6  
7 **Europäischer Mindestlohn verwirklichen**

8  
9  
10 1. Wir fordern die Einführung eines europäischen Mindestlohns. Dieser soll sich an der jeweiligen nationalen Kaufkraftparität orientieren. Die Erhöhung der Mindestlöhne soll dabei am Ende mindestens 50 Prozent und perspektivisch 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens entsprechen.

11  
12  
13  
14  
15  
16  
17 2. Zur Durchführung und Überwachung soll die Methode der offenen Koordinierung angewendet werden. Auf europäischer Ebene sollen folglich die Ziel- und Zeitformulierungen gefasst und durch Monitoring überwacht, auf nationaler Ebene sollen dann die Mindestlöhne mit den dort üblichen Institutionen und Verfahren umgesetzt werden.

18  
19  
20  
21  
22  
23  
24 3. Zur Umsetzung können gesetzliche Mindestlöhne, allgemeinverbindliche Tarifvereinbarungen oder beides kombiniert angewendet werden, solange ein flächendeckender Mindestlohn gewährleistet ist.

25  
26  
27  
28  
29 4. Die Anpassung der Mindestlöhne soll durch ein Mischverfahren aus Konsultation- und automatischer Erhöhung vonstatten gehen.

30  
31  
32  
33 **Begründung:**

34  
35 **5. Grundlage**

36 21 von 27 Ländern besitzen bereits einen Mindestlohn. In der Höhe und Anpassung bestehen aber erhebliche Diskrepanzen. Bei den Ländern mit Mindestlöhnen lassen sich dabei drei Ländergruppen innerhalb der EU klassifizieren. So gehören zur ersten Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen die Beneluxstaaten, Frankreich, Großbritannien und Irland. Zur zweiten Gruppe mit mittleren Mindestlöhnen gehören Spanien, Portugal, Malta, Griechenland und Slowenien, zur dritten Gruppe die restlichen Staaten.

**Antragskommission:**

**Annahme mit Änderung**

**Weiterleitung an Bundesparteitag**

Die Höhe der Mindestlöhne.....

46 6. Von besonderem Interesse bei den unterschiedlichen Ni-  
47 veaus der jeweiligen nationalen Mindestlöhne ist das Ver-  
48 hältnis Mindestlohn gemessen in Kaufkraftparität. So redu-  
49 ziert sich das Ver-hältnis eklatant zwischen dem niedrigsten  
50 und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von  
51 1:13 (gemessen in Euro) auf etwa 1:5. Nicht die absolute Höhe  
52 des Mindestlohns ist relevant, sondern die relative Höhe.

#### 53 7. Europäische Sozialcharta verwirklichen

54 Die Europäische Union hat sich längst in ihrer Europäischen  
55 Sozialcharta auf einen Mindestlohn geeinigt. So heißt es  
56 dort, unter Artikel 4, dass alle Vertragsparteien dazu ver-  
57 pflichtet sind, „[...] das Recht der Arbeitnehmer auf ein Ar-  
58 beitsentgelt anzuerkennen, welches ausreicht, um ihnen und  
59 ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu si-  
60 chern [...]“.

61

#### 62 8. Was ist ein fairer Lohn?

63 Die Mindestlohndebatte besitzt einen normativen Ansatz. Es  
64 geht dabei schlichtweg um die Beantwortung der Frage, was  
65 ein fairer Lohn ist. Zur Beantwortung dieser Frage müssen die  
66 drei Prinzipien sozialer Gerechtigkeit herangezogen werden:

67

68 a.) Leistungsgerechtigkeit: Der Lohn muss in einem angemese-  
69 nenen Verhältnis zur geleisteten Arbeit stehen.

70 b.) Verteilungsgerechtigkeit: Betrachtet die gesamtgesell-  
71 schaftliche Einkommensverteilung.

72 c.) Bedarfs- und Teilhabegerechtigkeit: Räumt dem Arbeit-  
73 nehmer nicht nur ein physisches Existenzminimum ein, son-  
74 dern darüber hinaus eine angemessene Teilhabe am gesell-  
75 schaftlichen Leben.

76

77 9. Ein Mindestlohn muss den Wert geleisteter Arbeit wieder-  
78 spiegeln. Darf also sowohl nicht unterhalb, aber auch nicht  
79 über erbrachter Leistung liegen. Zudem muss er in einem ge-  
80 rechten Verhältnis zu anderen Löhnen stehen, um keine  
81 Neid- und Gerechtigkeitsdebatte auszulösen. Gleichzeitig je-  
82 doch dem Arbeitnehmer eine menschenwürdige Existenz  
83 ermöglichen. Ein Mensch muss von seiner Arbeit in Würde  
84 leben können, sich selbst verwirklichen und finanziell unab-  
85 hängig sein.

86

#### 87 10. Kein negativer Einfluss auf die Beschäftigungsentwick- 88 lung

89 Wir weisen Behauptungen neoliberaler Ökonomen, dass  
90 Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten würden, vehement  
91 zurück. Solche Behauptungen sind schlichtweg falsch und  
92 längst widerlegt. So stellen keynesianische Ökonomen fest,  
93 dass gesetzliche Mindestlöhne zur Stabilisierung der Binnen-  
94 nachfrage beitragen, da gerade bei Niedriglohnbezieher die  
95 Konsumquote hoch ist. Zudem könnte der Mindestlohn bei  
96 hoher Arbeitslosigkeit gegen deflationäre Lohnkürzungen

97 schützen. Gerade exportorientierte Länder – wie Deutschland  
98 – können davon profitieren.

99

100 11. Längst haben amerikanische empirische Studien (David  
101 Card und Alan B. Krueger) erwiesen, dass keine Korrelation  
102 zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung besteht. So  
103 kommt die Untersuchung eindeutig zu dem Ergebnis, dass  
104 die Erhöhung des Mindestlohns keinen negativen Einfluss  
105 auf die Beschäftigung hatte.

106

107 12. Auch für die europäischen Länder gibt es Vergleichsstudi-  
108 en. So kommen zahlreiche empirische Studien darüber über-  
109 ein, dass die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Irland  
110 und Großbritannien keine Beschäftigungswirkungen nach  
111 sich zogen. Die Law Pay Commission (Gremium aus Arbeit-  
112 gebervertretern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern, das  
113 die britische Regierung berät) kam zu dem Schluss, dass weit  
114 über eine Million Menschen von der Einführung des Mindest-  
115 lohnes profitieren würden und zugleich die Lohndiskriminie-  
116 rung bei Frauen abnahm. Gleichzeitig sei ein Beschäftigungs-  
117 zuwachs zu verzeichnen gewesen.

118

119 13. Mechanismen zur Anpassung gesetzlicher Mindestlöhne  
120 Man kann zwischen vier Mechanismen zur Feststellung und  
121 Anpassung gesetzlicher Mindestlöhne differenzieren:

122

123 a.)unilaterale Festlegung: Es handelt sich dabei um ein rein  
124 politisches Verfahren, bei dem die jeweilige Regierung voll-  
125 kommen eigenmächtig, also ohne institutionalisierte Diskus-  
126 sions- und Konsultationsforen oder gesetzlich festgelegte  
127 Anpassungsregelungen, über die Höhe der Mindestlöhne  
128 entscheidet. Spielt aber in der europäischen Staatenland-  
129 schaft keine Rolle, sondern trifft nur auf die USA zu. Dies hat  
130 in den letzten Jahren dazu geführt, dass der nationale Min-  
131 destlohn unter einer republikanischen Regierung über meh-  
132 rere Jahre hinweg nicht mehr erhöht wurde und damit im  
133 seinem Realwert deutlich gesunken ist.

134

135 b.)Konsultationsverfahren: Erst nach Absprache mit den Ar-  
136 beitgebern und Gewerkschaften wird über die Höhe des  
137 Mindestlohns entschieden. Diese sprechen dann Empfehlun-  
138 gen für die periodischen Erhöhungen aus. Diese Form domi-  
139 niert bei den europäischen Staaten.

140

141 c.)bi- oder tripartistische Verhandlungen: Hier wird zunächst  
142 der Mindestlohn zwischen den Dachverbänden der Gewerk-  
143 schaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Anschließend wird  
144 dann der Gesetzgeber die Verhandlungsergebnisse umset-  
145 zen.

146

147 d.) automatische Erhöhung: Der Mindestlohn wird automa-  
148 tisch an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst. Der vierte  
149 Typus hingegen scheint über längere Sicht die größte Ge-  
150 währ zu geben, dass die Entwicklung der Mindestlöhne mit  
151 der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halte.  
152

153 14. Folglich ergibt sich für uns, dass wir die Anpassung eines  
154 eingeführten, europäischen Mindestlohns durch eine Misch-  
155 form aus einem Konsultationsverfahren und einer automati-  
156 schen Erhöhung fordern. Wir wollen die betroffenen Parteien  
157 in den Prozess einbeziehen. Die Gewerkschaften sollen wei-  
158 terhin gestärkt bleiben. Gleichzeitig wollen wir aber sicher-  
159 stellen, dass man von einem eu-ropäischen Mindestlohn le-  
160 ben kann. Dies kann man am besten mit einer zusätzlichen  
161 Regulierung sichern, die eine automatische Erhöhung eines  
162 Mindestlohns vorsieht, der primär bei 50 Prozent des Dur-  
163 schnitteinkommens und perspektivisch bei 60 Prozent liegen  
164 sollte.  
165

166 15. Niedriglohndumping verhindern – Stop der neoliberalen  
167 europäischen Wirtschaftspolitik  
168 Wir stellen fest, dass der Niedriglohnsektor in der europäi-  
169 schen Union zunimmt. Gestärkt und gefördert ist dies durch  
170 die neoliberale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. So  
171 müssen alleine in den alten EU-Staaten (EU 15) mehr als 15  
172 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten. Das  
173 macht mehr als 20 Millionen Menschen aus.

174 16. Klar ist für uns auch, dass die derzeitigen Lohnregelungen  
175 in den meisten Ländern der Europäischen Union nicht mehr  
176 ausreichen. Insbesondere wird durch die europäische Dienst-  
177 leistungsrichtlinie, welche die Festschreibung des Herkunfts-  
178 landprinzips vorsieht, der Niedriglohnsektor noch weiter ge-  
179 fördert. So muss man feststellen, dass lediglich in Irland, Lu-  
180 xemburg und Malta der nationale Mindestlohn annähernd  
181 dem Schwellenwert von 50 Prozent des nationalen Durch-  
182 schnittslohns, entspricht. Alle Löhne die da darunter liegen,  
183 muss man als Armutslöhne bezeichnen.  
184

185 17. Eine europäische Antwort muss her  
186 Die zunehmende Globalisierung und die damit verbundene  
187 einhergehende neowirtschaftliche Liberalisierung der Märkte  
188 macht also eine europäische Antwort notwendig, wenn die  
189 Europäische Union ihrem Anspruch der Europäischen Sozial-  
190 charta gerecht werden will. Vor dem Hintergrund eines ge-  
191 meinsamen europäischen Binnenmarktes und einer zuneh-  
192 mend integrierten europäischen Wirtschaft ist eine europäi-  
193 sche Mindestlohnpolitik dringend geboten.  
194

195 18. Die Verwirklichung eines zeitnahen, einheitlichen Min-  
196 destlohnmodells ist unrealistisch. Solche Forderungen sind  
197 angesichts der gravierenden ökonomischen Unterschiede

198 zwischen den einzelnen europäischen Staaten rein hypothe-  
199 tisch.

200

201 19. Wir fordern deswegen einen realistischen Konzept, der  
202 davon ausgeht, dass ein europäischer Mindestlohn eher in  
203 einer gemeinsamen europäischen Norm besteht, die ein be-  
204 stimmtes nationales Mindestlohniveau im Verhältnis zur  
205 nationalen ökonomischen Leistungskraft definiert.

206

207 20. Europa muss endlich handeln

208 Fest steht, dass die europäische Gemeinschaft eine Antwort  
209 auf die zunehmende Ausdehnung des Niedriglohnssektors  
210 finden muss. Jede Zeit, die dabei untätig verloren geht, geht  
211 dabei auf Kosten der arbeitenden europäischen Bevölkerung.  
212 Zeit, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter ausei-  
213 nander treibt. Zeit, die für ein steigendes Ungerechtigkeits-  
214 gefühl sorgt. Zeit, die weiter working poor fördert. Zeit, die  
215 uns verloren geht, gegenüber einer neoliberalen Wirt-  
216 schaftspolitik.

217

218 21. Verlierer dieser gesellschaftlichen Diskrepanz sind dabei  
219 nicht nur die betroffenen Menschen, sondern die EU selbst.  
220 Zum einen wird die EU ihrem Anspruch eines sozialen Euro-  
221 pas nicht gerecht – die Europäische Sozialcharta bleibt nicht  
222 realisiert. Zum anderen wächst damit gleichzeitig die Unzu-  
223 friedenheit seitens der Bevölkerung gegenüber der Europäi-  
224 schen Union. Die Europäische Union ist also gezwungen zu  
225 handeln. Sie muss den sich selbst auferlegten Grundsatz er-  
226 füllen, wonach jedem abhängig Beschäftigten ein Leben in  
227 Würde und Selbstbestimmung ermöglicht werden soll.

228

229 22. Methode der offenen Koordinierung – nationale Differen-  
230 zen überwinden

231 Die Methode der offenen Koordinierung hat bereits in ande-  
232 ren Politikfeldern funktioniert und könnte auch hier ein wir-  
233 kungsvolles Instrument sein. Zumal eine Einführung eines  
234 europäischen Mindestlohns nicht über die Nationalstaaten  
235 hinweg entschieden werden kann. Da hier bekanntermaßen  
236 sehr unterschiedlichen Interessen verteidigt werden, scheint die  
237 Methode der offenen Koordinierung eine wichtige und viel-  
238 leicht auch funktionierende Möglichkeit zu sein, die Interes-  
239 sen zu bündeln und Dissense zu überbrücken.

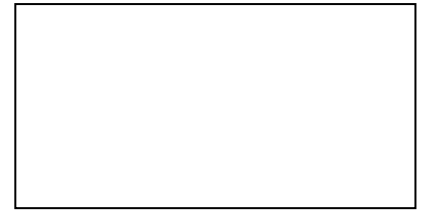
240

241 23. Europäer für ein gerechteres Europa

242 Wir stellen also fest, dass der europäische Mindestlohn un-  
243 abwendbar ist. Wer die soziale Spaltung verhindern, soziale  
244 Gerechtigkeit wiederherstellen und wirtschaftliche Sicher-  
245 heit herstellen will, der muss mit uns gemeinsam für einen  
246 europäischen Mindestlohn kämpfen.

247

248 24. Der Mensch ist nicht für die Wirtschaft da, sondern die  
249 Wirtschaft für den Menschen. Die Würde eines Menschen ist  
250 unantastbar. Europa muss hier eine Voreiterrolle spielen und  
251 sich nicht den finanzgetriebenen freien Märkten beugen. Der  
252 europäische Mindestlohn ist die richtige Antwort auf die  
253 wachsende politische Handlungsunfähigkeit. Wer die euro-  
254 päische Bevölkerung vor dem freien, neoliberalen Markt,  
255 samt seiner ungerechten und menschenunwürdigen Tätig-  
256 keiten, schützen will, der muss mit uns gemeinsam für einen  
257 europäischen Mindestlohn eintreten.



1 **Antrag Nr. A 3**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

5  
6  
7 **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

8  
9 Die SPD setzt sich für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche  
10 Arbeit“ ein. Die SPD wird deshalb auf allen Ebenen dazu  
11 aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass nur noch solche Firmen  
12 öffentliche Aufträge erhalten, in denen Frauen und Männer für die  
13 gleiche Arbeit gleich entlohnt werden. Zugleich wird die SPD  
14 eigene Aufträge nur noch an Firmen vergeben, die den Grundsatz  
15 der gleichen Bezahlung von Frauen und Männern beachten.

16  
17  
18 **Begründung:**

19  
20 Arbeit ist ein wesentlicher Teil gesellschaftlicher Teilhabe: Wer  
21 arbeitet, verdient Geld, ist sozial gesichert und in einen  
22 gesellschaftlichen Prozess integriert. Wir wollen, dass Frauen in  
23 ihrem Arbeitsverhältnis bei gleicher Tätigkeit den gleichen  
24 Verdienst erzielen wie Männer, einen Verdienst, der ihnen ein  
25 eigenständiges, erfülltes Leben ermöglicht und so auch ihre  
26 Absicherung im Alter garantiert.

27  
28 Im Jahr 2008 hat das Statistische Bundesamt aber wieder einmal  
29 bekanntgegeben, dass Frauen in Deutschland in denselben  
30 Berufen deutlich weniger Lohn erhalten als Männer. Der  
31 durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen 2008 lag  
32 rund ein Viertel unter dem ihrer männlichen Kollegen. Ziel aller  
33 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss es deshalb sein,  
34 diese Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen.  
35 Entgeltgleichheit zu erreichen, ist eine wichtige  
36 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zumindest in einigen Branchen  
37 kann sie durch entsprechende Vergaberichtlinien durchgesetzt  
38 werden.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Bundesparteitag**



1 **Antrag Nr. A 4**

2  
3  
4 **Antragsteller: KV Friesland**

5  
6  
7  
8  
9 **Zumutbarkeit von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung,**  
10 **Mindestlohn**

11  
12 Die Gesetzgebung in Bezug auf Leiharbeitnehmer ist so zu ändern,  
13 dass ein Arbeitsverhältnis als Leiharbeitnehmer wieder zumutbar  
14 werden kann.

15  
16 Ebenso ist das Teilzeit- und Befristungsgesetz zu verbessern, damit  
17 verhindert wird, dass Arbeitgeber den momentanen Missbrauch  
18 des Stellenabbaus weiter betreiben.

19  
20 Ebenso sind die Mitbestimmungsgesetze so zu ändern, dass es  
21 mehr Mitbestimmung in den Betrieben gibt und die Unternehmen  
22 die Arbeitnehmer an den Betrieben beteiligen. Jeder zweite Be-  
23 schäftigte ist heute in Betrieben ohne Mitbestimmung beschäf-  
24 tigt. Ohne Beteiligung der Arbeitnehmer sind Unternehmenskrisen  
25 nicht zu bewältigen.

26  
27 Der gesetzliche Mindestlohn muss für alle Branchen eingeführt  
28 werden, damit das Lohndumping unter 7,50 Euro endlich ein Ende  
29 hat.

**Antragskommission:**

**Als Material mit Än-  
derungen an Bezirks-  
vorstand**

Zumutbarkeit von Leih-  
arbeit und mehr Mindest-  
lohn

Streichung: wieder

Ebenso ist das Teilzeit- und  
Befristungsgesetz so zu  
verbessern, dass damit.....

Erledigt durch AI

Erledigt durch A 2

1 **Antrag Nr. A 5**

2  
3  
4 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Positionspapier des SPD-Bezirks Weser-Ems zum**  
8 **Grünbuch der EU-Kommission über die Reform der**  
9 **Gemeinsamen Fischereipolitik**

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Bundestagsfraktion**

10  
11 **Für eine Zukunft der deutschen Fischerei**

12  
13 Der SPD-Bezirk Weser-Ems begrüßt die Anstrengungen der Kom-  
14 mission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Es ist  
15 der richtige Weg, ein Analyse- und Konsultationsverfahren zu be-  
16 ginnen und ein für alle Interessierten offenes Mitwirkungsverfahren  
17 zu wählen, um das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Wir  
18 erwarten, dass sich möglichst viele Stakeholder an dem Konsulta-  
19 tionsverfahren beteiligen, damit die Kommission ein möglichst  
20 umfassendes Bild von der aktuellen Situation und zum Grünbuch  
21 bekommt, bevor sie einen Entwurf für eine Verordnung erarbeitet.

22  
23 **1. Bisherige Erfolge der GFP**

- 24 - Die Verankerung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit in der Fi-  
25 schereipolitik mit dem Ziel des höchstmöglichen Dauerertra-  
26 ges,  
27 - die Verankerung von Vorsorge- und Ökosystemansatz,  
28 - die Einführung von Bewirtschaftungs- und Wiederaufbauplä-  
29 nen, die bei verschiedenen Beständen wie Nordsee-Kabeljau,  
30 Scholle und östlichem Dorsch bereits ihre Wirksamkeit zeigen  
31 konnten,  
32 - die Einrichtung der regionalen Beratungsgremien,  
33 - die Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Fischerei (IUU-  
34 Verordnung).

35  
36 **2. Erhalt der Grundpfeiler der GFP – relative Stabilität, natio-  
37 nale Quoten**

38 Die nationalen Quoten und die Verteilung der Quoten auf der  
39 Grundlage der relativen Stabilität sind die Grundpfeiler der Ge-  
40 meinsamen Fischereipolitik.

41 Sie haben seit 1983 eine stabile Verteilung der Quoten ermöglicht.  
42 Gleichzeitig ermöglichte das Tauschsystem allen Beteiligten die  
43 notwendige Flexibilität, wenn sie kurzfristig Quoten benötigten.  
44 Wir plädieren deshalb unbedingt für den Erhalt nationaler Quoten  
45 und der relativen Stabilität.

46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87

Eine Abschaffung der relativen Stabilität würde Deutschland für die in der Vergangenheit getanen Anstrengungen zu Flottenverkleinerung bestrafen. Deutschland würde bei einer Anpassung der Fangmöglichkeiten an die vorhandenen Kapazitäten sehr viel verlieren, da in den vergangenen 20 Jahren die deutsche Flotte bereits stark verkleinert wurde. Andere Mitgliedstaaten hingegen verfügen noch immer über Überkapazitäten.

### 3. Abbau von Flottenüberkapazitäten

Auch wir sind der Meinung, dass innerhalb der Gemeinschaft eine zu große Flotte an Fischereifahrzeugen existiert. Gleichwohl gibt es keine EU-, sondern lediglich nationale Flotten. Deutschland hat in vergangenen 20 Jahren seine Flotte massiv verkleinert. Wie die Situation in anderen Mitgliedstaaten aussieht, können wir nicht beurteilen. Wenn die Kommission aber der Meinung ist, dass die Flotten zu groß sind, muss sie auch benennen, von welchen Flotten sie spricht. Diese Überkapazitäten gilt es dann gezielt abzubauen. Die Kommission kann nicht Mitgliedstaaten bestrafen, die ihre Hausaufgaben bereits erledigt haben.

Das Grundproblem der GFP ist aber nicht allein die übergroße Flotte, sondern auch die mangelnde Durchsetzung der Regeln. Würden Fischerei-Bestimmungen korrekt angewandt und Verstöße abschreckend und flächendeckend sanktioniert, spielte die Größe der Flotte eine untergeordnete Rolle.

### 4. Erhalt nationaler Quoten, keine handelbaren Rechte auf EU-Ebene

Die Einführung von handelbaren Fangrechten innerhalb der Industriefischerei<sup>1</sup> lehnen wir ab. Hervorheben möchten wir die Ergebnisse der Studie der Kommission zu handelbaren Rechten<sup>2</sup>. Diese macht die teilweise Inkompatibilität von RBM-Systemen (Systemen handelbarer Rechte) mit den Zielen der GFP deutlich. Deshalb sprechen wir uns gegen die Einführung von RBM-Systemen aus.

<sup>1</sup> Unter Industriefischerei ist nicht die Sandaalfischerei zur Fischmehlproduktion zu verstehen.

<sup>2</sup> „An Analysis of existing Rights Based Management (RBM) instruments in Member States and on setting up best practices in the EU“. Studie der Europäischen Kommission, 2009.

88 Wir haben grundsätzliche Bedenken bei der Einführung von RBM-  
89 Systemen. In der Vergangenheit führte bei der Entdeckung neuer  
90 Bestände immer wieder die Frage des Referenzzeitraums für die  
91 Quotenvergabe eine entscheidende Rolle. Momentan existiert ein  
92 komplexes System des Quotentausches, das zum Teil auf Jahr-  
93 zehnte alten Traditionen beruht. Der Referenzzeitraum für die  
94 Vergabe kann nicht auf wenige Jahre beschränkt werden. Die Fra-  
95 ge der relativen Stabilität ist eng mit dieser Frage verknüpft.

96  
97 Die Verteilung der Quoten auf nationaler Ebene und das damit  
98 verbundene Quotentauschsystem hat sich bewährt.

99 Die Einführung handelbarer Quoten wird zu einer Konzentration  
100 von Fangrechten in den Händen einiger Unternehmen führen.  
101 Kleinere Betriebe können nicht länger mit großen Unternehmen  
102 konkurrieren. Diese kleinen Betriebe bilden aber das Rückgrat der  
103 Küstenregionen. Wenn diese Betriebe verloren gingen, würde das  
104 für viele Regionen den Wegfall erheblicher Möglichkeiten der  
105 Wertschöpfung bedeuten.

106

## 107 5. Einführung von Rückwurfverboten und Anlandegeboten

108

109 Maßnahmen zur Vermeidung unerwünschter Beifänge sind in der  
110 Vergangenheit zu Recht in den Focus der zu bewältigenden Auf-  
111 gaben gekommen.

112 Vor dem Hintergrund eines weltweiten ansteigenden pro-Kopf-  
113 Verbrauches an Fisch ist es nicht mehr zeitgemäß und wenig effi-  
114 zient, zum Teil hohe Beifangraten zu haben.

115

116 Der Beifang-Anteil ist aber von Fischerei zu Fischerei sehr unter-  
117 schiedlich. Deshalb kann es keine einheitlichen Regelungen zur  
118 Vermeidung unerwünschter Beifänge geben.

119 Für jede Fischerei gilt es gezielte fangtechnische Maßnahmen zu  
120 entwickeln. Auch in Deutschland wurde, wie in anderen MS auch,  
121 in der Vergangenheit Forschungskapazität abgebaut und dem Fi-  
122 schereisektor mehr Verantwortung übertragen. Die Entwicklung  
123 innovativer Fangtechniken verläuft dadurch unkoordiniert. Zudem  
124 können sich nur finanziell starke Betriebe es leisten, neue Net-  
125 ze zu entwickeln und zu testen. Der familiär strukturierten Kutter-  
126 und Küstenfischerei fällt das sehr schwer.

127

128 Insgesamt muss aber die Forschung deutlich gestärkt werden, da  
129 der Sektor diese Aufgabe nicht übernehmen kann.

130

131 Wir sprechen uns für die schrittweise Einführung von Rückwurf-  
132 verboten in Verbindung mit Anlandegeboten, analog zum erfolg-  
133 reichen norwegischen System, aus.

134 Langfristig muss das Ziel darin bestehen, unerwünschte Beifänge  
135 zu vermeiden.

136 Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir es für sinnvoll, innovati-  
137 ve Maßnahmen zur Beifangreduzierung zuzulassen, auch wenn  
138 dadurch der Fischereiaufwand leicht erhöht wird.

139 Ein gutes Beispiel dafür sind von den Betrieben selbst entwickelte  
140 Netze, die eine höhere Selektivität aufweisen und Energie einspa-  
141 ren, gleichzeitig aber auch zu einer Verringerung des Schleppwi-  
142 derstandes führen.

143  
144 Es ist die einstimmige Position von deutscher Fischerei, Bundes-  
145 und Länderministerien sowie Wissenschaft, dass wir die Einfüh-  
146 rung von Rückwurfverboten und Anlandegebots als ein geeigne-  
147 tes Instrument in bestimmten Fischereien ansehen.

148 Die Rückwurfverbote müssen für die Fischereien eingeführt wer-  
149 den, wo sie Sinn machen. In der Krabbenfischerei allerdings würde  
150 ein Rückwurfverbot und Anlandegebots keinen Sinn machen, da ein  
151 Großteil der zurückgeworfenen Fische überlebt. Diesen überle-  
152 bensfähigen Fisch durch ein Verbot des Rückwurfes zu töten  
153 macht keinen Sinn.

154 Hervorzuheben ist das im Jahr 2008 durchgeführte Stopp-Discard-  
155 Projekt in der Nordsee, dass sehr erfolgreich die Vorteile einer An-  
156 landung des gesamten Fanges aufzeigte.

157 Ein Rückwurfverbot muss allerdings flankiert werden von techni-  
158 schen Maßnahmen wie Maschenweiten, selektiveren Fanggeräten  
159 und einem Wegfall von Mindestanlandegrößen. Weiterhin muss  
160 die Vermarktung untermaßiger Fische sichergestellt werden.

161 Auftretende Probleme bei der Quotenbewirtschaftung ließen sich  
162 durch das vorhandene flexible Instrument des Quotentausches lö-  
163 sen, das hat sich in der Vergangenheit gezeigt.

164 Wir halten die Einführung von Rückwurfver- und Anlandegebots  
165 für eine ambitionierte und erfolgversprechende Maßnahme, die  
166 auch von Seiten der Fischer höchste Akzeptanz erfahren würde,  
167 und werden uns dafür auf allen Ebenen einsetzen.

## 168 169 **6. Keine Aufteilung Industriefischerei – handwerkliche Küs- 170 tenfischerei**

171 Wir sind ausdrücklich gegen die Aufteilung des Sektors zwischen  
172 den Feldern Industriefischerei und handwerkliche Küstenfischerei.  
173 Auch die Küstenfischerei braucht weiterhin ökonomische Anreize,  
174 um zukünftig zu bestehen. Ein Herausnehmen der Küstenfischerei  
175 aus der Quotenbewirtschaftung würde zu einer „Museums-  
176 Fischerei“ führen. Die Folgen für die Küstengebiete wäre eine wei-  
177 tere Abnahme von Verdienstmöglichkeiten in ohnehin struktur-  
178 schwachen Regionen.

179 Zudem liegt keine Definition vor, was eigentlich Küstenfischerei  
180 ist.

## 181 182 **7. Fischereimanagement**

183 Deutschland unterstützt die Einführung des MSY-Prinzips  
184 (höchst möglicher Dauerertrag). Es muss aber deutlich werden,

185 dass hier nicht für jeden einzelnen Bestand ein bestimmter Wert  
186 der fischereilichen Sterblichkeit  $F_{msy}$ <sup>3</sup> festgesetzt werden kann,  
187 der allzeit gültig ist.  
188 Die verschiedenen Bestandssituationen bedingen sich gegenseitig.  
189 Zudem können umwelt- und andere Einflüsse nicht eingerechnet  
190 werden.  
191 Deshalb muss der Wert  $F_{msy}$  jährlich festgesetzt werden.  
192  
193 Gleichzeitig sprechen wir uns für die mehrjährige TAC<sup>4</sup>- und Quo-  
194 tenfestsetzung ein. Der Ansatz der Kommission, der Fischerei  
195 selbst eine höhere Verantwortung für einen nachhaltige Fischerei  
196 zu geben, ist mit Nachdruck zu unterstützen. Die einjährige TAC-  
197 und Quotenfestsetzung fördert aber kurzfristiges Denken, da die  
198 Quoten in der Regel am Jahresende ausgefischt sein müssen, da  
199 sie sonst verfallen. Durch einen mehrjährigen TAC könnten Fischer  
200 auf schwache Jahrgänge, wie derzeit z. B. beim Kabeljau, reagieren  
201 und die Quoten zu geeigneteren Zeitpunkten ausfischen.  
202 Hier ließe sich eine win-win-Situation von Fischern und Fischen  
203 schaffen, da Fischer für größere Fische höhere Verkaufspreise erlö-  
204 sen können. Derzeit machen die betroffenen Fischer vor allem  
205 über die Masse im Rahmen ihrer Quote Einnahmen und verkaufen  
206 auch kleinere Fische.

$F_{msy}$ = Fischereiliche Sterblichkeit MSY

<sup>4</sup>TAC: Total Allowable Catch

1 **Antrag Nr. A 6**

2  
3  
4 **Antragsteller: KV Friesland**

5  
6  
7 **Änderung der Insolvenzordnung**

8  
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen sich dafür einzusetzen,  
10 dass die Insolvenzordnung dahingehend geändert wird, dass die  
11 Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Falle einer  
12 drohenden Insolvenz verspätet gezahlt wurden, nicht zurückge-  
13 fordert werden dürfen.

14  
15  
16 **Begründung:**

17  
18 Wie durch Medienberichte bekannt, besteht die rechtliche Mög-  
19 lichkeit, dass ein Insolvenzverwalter Gehälter und Löhne von  
20 Mitarbeitern zurückfordern kann. Die Insolvenzordnung lässt  
21 dieses in §130 zu, wenn diese verspätet gezahlt wurden.

22 Hier heißt es: „Zahlungen eines Unternehmens sind dann an-  
23 fechtbar, wenn der Gläubiger die Zahlungsunfähigkeit des  
24 Schuldners kannte.“

25 Damit kann auch unterstellt werden, dass die Arbeitnehmer ge-  
26 wusst haben, dass die Firma in Insolvenz ist, somit wird dieses  
27 Geld als ein gewährter Kredit bewertet, der der Insolvenzmasse  
28 zugerechnet werden muss.

29  
30 Die ArbeitnehmerInnen sind das schwächste Glied in der Kette  
31 und man darf nicht unterstellen, dass die betroffenen Menschen  
32 diese Rechtskenntnis haben und die Konsequenzen daraus ken-  
33 nen. Die Treue der MitarbeiterInnen zu ihrem Unternehmen darf  
34 nicht dazu führen, dass ihnen hieraus Nachteile entstehen.

35 Man muss auch wissen, dass eine verspätete Lohnzahlung auf-  
36 grund einer drohenden Insolvenz kein Grund ist zu kündigen und  
37 sich arbeitslos zu melden. Die Agentur für Arbeit würde die be-  
38 treffenden Personen dann mit einer Sperrfrist belegen.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an den  
Bundesparteitag**

## 1 Antrag Nr. A 7

2  
3  
4 Antragsteller: UB Osnabrück-Stadt

5  
6  
7 ÖPNV stärken - GVFG erhalten

8  
9 Damit der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) seine Aufga-  
10 ben auch in Zukunft erfüllen kann, bedarf es einer ausreichenden  
11 Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand. Bund, Länder und  
12 Kommunen müssen sich auch in Zukunft zu ihrer Verantwortung  
13 für den ÖPNV bekennen. Die Kommunen tun dies im Rahmen ihrer  
14 finanziellen Möglichkeiten. Denn sie wissen, wie wichtig der ÖPNV  
15 ist, um die Kommunen von den schädlichen Folgen des Auto- und  
16 LKW-Verkehrs zu entlasten. Und wir brauchen den ÖPNV, um Mo-  
17 bilität für alle zu sichern.

18  
19 Jetzt kommt es aus Sicht der Kommunen darauf an, dass auch  
20 Bund und Länder weiterhin ihrer Verantwortung für ein angemese-  
21 nes ÖPNV-Angebot gerecht werden. Die Föderalismuskommissi-  
22 on I hat den Ländern die Möglichkeit eröffnet, die Mittel nach dem  
23 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in Höhe von 1,33  
24 Mrd Euro pro Jahr ab dem Jahre 2014 auch für andere Zwecke zu  
25 verwenden. Bund und Länder haben zudem vereinbart, im Jahre  
26 2013 zu überprüfen, ob diese Mittel in der bisherigen Höhe über-  
27 haupt noch erforderlich sind.

28  
29 Die SPD Weser Ems unterstützt den Deutschen Städtetag in seiner  
30 Forderung an die Länder, die genannten Mittel uneingeschränkt  
31 auch über 2014 hinaus dem Gemeindeverkehr zur Verfügung zu  
32 stellen.

33  
34 Die SPD Weser Ems appelliert an die Bundesregierung, das GVFG als  
35 reines Investitionsförderungsgesetz zu reformieren und die Mittel  
36 zur Förderung von Vorhaben im ÖPNV auch für die Mitfinanzie-  
37 rung von Grunderneuerungsmaßnahmen und laufenden Betriebs-  
38 kosten zu öffnen sowie die Mittelverwendung flexibler zu hand-  
39 haben.

40 Das Ziel der SPD in Weser Ems ist klar: Wir wollen den hohen  
41 Standard des ÖPNV in Deutschland sichern und zukunftsfähig wei-  
42 terentwickeln.

43  
44  
45 Begründung:  
46

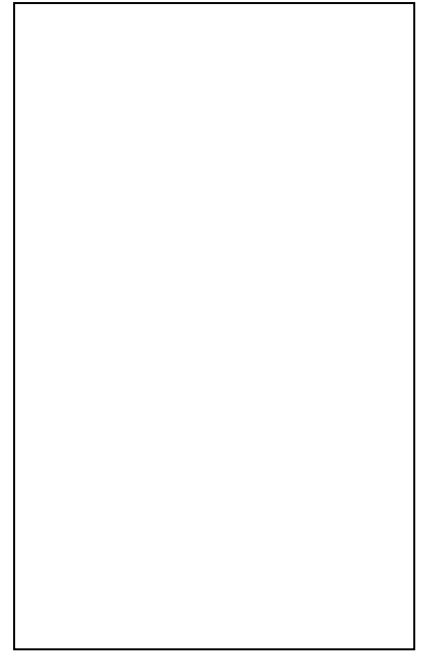
Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an  
Landtagsfraktion



47 Der ÖPNV in Deutschland hat einen im internationalen Vergleich  
48 sehr hohen Standard und gehört zu den Grundpfeilern der Da-  
49 seinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Ohne ein gut aus-  
50 gebautes Netz an Stadt- und Straßenbahnen sowie Bussen können  
51 die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigt wer-  
52 den. Ohne Bus und Bahn wären viele hunderttausende Pendler  
53 aufs Auto angewiesen. Das hätte dramatische Folgen für die Luft-  
54 qualität und die Lärmbelastung in den Kommunen. Bereitstellung  
55 und Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs sind deshalb gelebter  
56 Klimaschutz. Das GVFG hat als reines Investitionsförderungsgesetz  
57 vielerorts dazu beigetragen, eine gute und angepasste Infrastruk-  
58 tur zu erstellen. Die Kommunen werden jedoch mit den laufenden  
59 Betriebskosten des ÖPNV weitgehend alleingelassen, da das GVFG  
60 bisher keine laufenden Betriebskosten oder Grunderneuerungs-  
61 maßnahmen bezuschusst. Die SPD Weser Ems unterstützt daher  
62 die Forderungen des Städtetages und des Verbandes Deutscher  
63 Verkehrsunternehmen (VDV), die Mittelverwendung des GVFG fle-  
64 xibler zu handhaben.



1 **Antrag Nr. A 8**

2  
3  
4 **Antragsteller: Ortsvereine Dohren, Herzlake und**  
5 **Lähden**

6  
7  
8 **Mautpflicht für die E233/B213**

9  
10 Auf der Strecke der Europastraße 233 zwischen der Anschlussstelle  
11 zur Autobahn 31 bei Meppen und der Anschlussstelle zur Autobahn  
12 1 bei Cloppenburg sollte die E233/B213 als Mautpflichtige Bundes-  
13 straße eingerichtet werden. Alternativ sollte geprüft werden, ob es  
14 nicht möglich ist, hier ein Durchfahrtsverbot für Transit-LKW über  
15 12 to einzurichten bzw. den Durchgangsverkehr zu bestimmten  
16 Zeiten zu sperren.

17  
18  
19 **Begründung:**

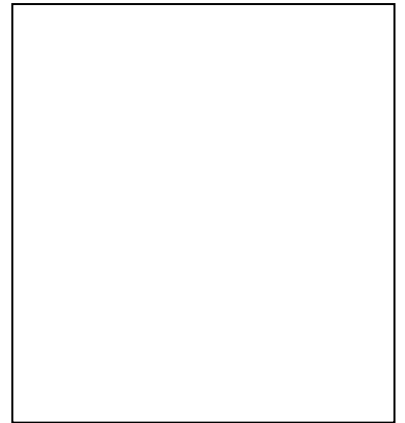
20  
21 Seit Einführung der Maut 2005 ist das LKW-Aufkommen auf der  
22 E233/B213 drastisch gestiegen. Die amtlichen Verkehrszählungen  
23 haben gezeigt, dass die E233/B213 eine die am meisten durch  
24 Mautflüchtlinge belastete Strecke geworden ist. Aufgrund des  
25 stark angestiegenen Verkehrs führt diese Belastung zu einem ho-  
26 hen Ausstoß an CO2 und anderen schädlichen Emissionen, abge-  
27 sehen von dem enormen Verkehrslärm. Der Landkreis Emsland  
28 fördert mit entsprechenden Geldmitteln den Tourismus, z.B.  
29 Hasetal Erholungsgebiet, Radwanderstrecken und so weiter.  
30 Gleichzeitig wird aber zugelassen, dass der LKW Verkehr (gemeint  
31 ist hier der Transit-LKW) stark zunimmt und keine Schritte unter-  
32 nommen werden, diesem Einhalt zu gebieten. Auch die SPD hat in  
33 Ihrem Regierungsprogramm den Punkt, ökologische Innovationen  
34 fördern, aufgenommen. Hinzu kommt das auf dieser Strecke Maut  
35 in Höhe von jährlich ca. 20 Millionen EUR verloren gehen, die in der  
36 heutigen Zeit sicherlich sinnvoller eingesetzt werden können. Mit  
37 diesem Geld könnte die SPD, mit Bezug auf Ihr Regierungspro-  
38 gramm, ein Teil der zentralen Ziele fördern bzw. finanzieren.

39  
40 Abgesehen davon sehen die Anwohner der E233/B213 nicht ein,  
41 dass Sie die Leidtragenden für diese verfehlte Verkehrspolitik der  
42 Landkreise Emsland und Cloppenburg sein sollen. Hinzu kommt,  
43 dass auch am Sonntag Transit-LKW die E233/B213 verstärkt nutzen  
44 und hier die „Sonntägliche Ruhe“ im erheblichen Masse stören..  
45

**Antragskommission:**

**Ablehnung**

46 Wenn eine Mautpflicht keine Mehrheit findet, sollte geprüft wer-  
47 den ob es möglich ist ein Durchfahrverbot für LKW über 12t für die  
48 E233/B213 einzuführen, oder alternativ den Verkehrslärm an den  
49 Wochenenden oder an zu bestimmenden Nachtzeiten mit ein  
50 Durchfahrverbot zu unterbinden. Dieses Verkehrslenkende In-  
51 strument wurde vom früheren Landesverkehrsminister Walter Hir-  
52 che ende 2005 eingeführt, nachdem die Problematik der Maut-  
53 flüchtlinge offensichtlich geworden war. Als Beispiel ist hier die B  
54 68 aufzuführen.  
55  
56 In diesen Zusammenhang verweisen wir auf Beispiele der Stadt  
57 Ahlhorn oder der Stadt Paderborn.



## Antrag Nr. 9

Antragsteller: Bezirksvorstand

Verbrauchertäuschung bei Lebensmitteln beenden

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher muss klar erkennbar sein, was sie als Lebensmittel zu sich nehmen. Bei Lebensmittelkontrollen in der Ernährungsindustrie und in der Gastronomie werden zunehmend Lebensmittelimitate gefunden. Die SPD Weser-Ems fordert zum Schutz vor Täuschung eine klare Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten, verstärkte Kontrollen in Gaststätten, Imbissen, Kantinen und Heimen und eine Veröffentlichung aller Lebensmittelkontrollergebnisse (Pflicht). Darüber hinaus muss das Verbraucherinformationsgesetz verschärft, die Namen von Herstellern von Lebensmittelimitaten und ihre Produkte müssen öffentlich gemacht werden. Bei Rechtsverstößen sollen stärkere Sanktionen greifen. Damit sich Verbraucher und Verbraucherinnen besser schützen können muss eine breite Aufklärungskampagne zur Lebensmittelkennzeichnung durchgeführt werden.

Verbraucher und Verbraucherinnen werden zunehmend durch Lebensmittel getäuscht. Billiges Pflanzenfett wird als Käse deklariert, zusammengeklebte Fleischfasern werden als Schinken verkauft, Fischeiweiß wird in Garnelenform gepresst, der Geschmack im Vanilleeis kommt aus dem Labor und Schokoladenkekse enthalten Schokoladenimitat. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Bei einer Untersuchung des hessischen Umweltministeriums wurden in 106 untersuchten Gastronomiebetrieben 72 Schinkenproben wegen fehlender Kennzeichnung beanstandet. Der Schinken besteht aus zusammengepressten Fleischfasern, die mit schnittfestem Stärke-Gel und Soja-Eiweiß geformt werden. Die Herstellungskosten einer Pizza verringern sich dadurch um 25 Cent. Lebensmittelimitate finden sich vor allem in Fertiggerichten, bei Pizza und Backwaren. Lebensmittelindustrie, Lebensmittelhandel und Gastronomie steigern ihre Gewinne, indem sie qualitativ hochwertige Produkte wie Milch und Fleisch durch Ersatzstoffe und Imitate ersetzen.

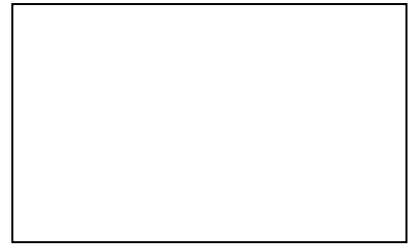
Die Verbraucherschutzzentrale Hamburg beobachtet diesen Trend bundesweit. Die Lebensmittelexperten haben gezielt verschiedene Nahrungsmittel analysiert und kommen zu einem verheerenden

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an  
Bundesparteitag  
und Landtagsfraktion

46 Ergebnis: immer mehr Anbieter sparen bei ihren Produkten an den  
47 Originalzutaten und verwenden stattdessen billigere Ersatzstoffe.  
48 Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Ernährungsindustrie, auf  
49 diese Produktfälschungen zu verzichten, wie sie Bundeslandwirt-  
50 schaftsministerin Ilse Aigner fordert, ist in Anbetracht der starken  
51 Zunahme falsch oder unzureichend deklarerter Lebensmittel  
52 blanker Hohn.



## Antrag Nr. 10

Antragsteller: Bezirksvorstand

SPD fordert gentechnikfreie Regionen

Die SPD Weser-Ems fordert, dass gentechnikfreie Regionen rechtlich abgesichert werden. Wer gentechnikfrei anbaut muss dies ohne Angst vor möglichen Verunreinigungen und damit wirtschaftlichen Verlusten tun können. Der gesellschaftliche Wille zu gentechnikfreien Regionen ist da, jetzt muss die Politik den rechtlichen Rahmen schaffen.

Die SPD soll sich auf Bundes- und Europaebene für ein Selbstbestimmungsrecht, bzw. einen dezentralisierten, gesetzlichen Rahmen einsetzen, der es Bundesländern, Kreisen und Kommunen ermöglicht gentechnikfreie Regionen zu gründen. Dazu gehört auch der Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Forschung und Entwicklung eiweißreicher Futtermittel- und Energiepflanzen müssen verstärkt werden.

Gentechnikfreie Regionen sind Regionen, in denen vollständig auf den Einsatz genetisch veränderter Organismen (GVO) verzichtet wird – im Pflanzenanbau, in Futtermitteln und in der Tierzucht. In ganz Deutschland schließen sich immer mehr Landwirte zu gentechnikfreien Regionen auf Basis von Selbstverpflichtungserklärungen zusammen.

Eine große Mehrheit der Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Dies wurde in mehreren unabhängigen, repräsentativen Umfragen der letzten Jahre festgestellt. Selbst in der Fachzeitschrift „Land und Forst“ sprachen sich über 90% der Leserinnen und Leser gegen Gentechnik aus.

Deshalb ist es wichtig GVO gar nicht erst in den Kreislauf kommen zu lassen und konsequent nach dem Vorsorgeprinzip zu handeln. Nur gentechnikfreie Regionen können das gewährleisten.

Die grüne Gentechnik ist auf mehreren Ebenen als äußerst kritisch anzusehen. Insbesondere sind die Umweltauswirkungen unklar und die ökonomischen Folgen für die Landwirte nicht kalkulierbar. Die Langzeitwirkungen auf das Ökosystem, die Gesundheit von Mensch und Tier sind vom bisherigen Forschungsstand nur unzu-

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an  
Bundesparteitag

47 reichend geklärt. Wissenschaftler, die eine unabhängige Risikofor-  
48 schung betreiben wollen, bekommen die Pflanzenproben häufig  
49 vom Patentinhaber nicht zu Verfügung gestellt.

50

51 Der Anbau von gentechnisch verändertem Saatgut ist nur nach  
52 Genehmigung durch den Patentinhaber und Bezahlung von Li-  
53 zenzgebühren möglich. Dadurch entstehen zunehmend äußerst  
54 nachteilige Abhängigkeiten der Landwirte von multinationalen  
55 Konzernen. Es droht die Monopolisierung der Agrarmärkte. Zudem  
56 zeigt die Anbaupraxis in den USA, dass die Versprechen der Gen-  
57 technik nicht lange währen. Der anfänglich reduzierte Einsatz von  
58 Pflanzenschutzmitteln im Vergleich zu konventionellem Anbau  
59 wird durch Resistenzbildungen bei Schadinsekten und Unkräutern  
60 wieder aufgehoben. Es dürfen von den Landwirten aber nur  
61 Spritzmittel vom Saatguthersteller verwendet werden, was wie-  
62 derum deren Abhängigkeit fördert. Versteckte Kosten der Gen-  
63 technik für die Landwirtschaft, Verarbeitungsindustrie und Handel  
64 liegen u.a. in der Prüfung auf GVO-Freiheit, der getrennten Nut-  
65 zung von Ernte- und Bearbeitungsmaschinen und der getrennten  
66 Lagerung. Durch gentechnikfreie Regionen können diese Kosten  
67 erheblich reduziert werden.

68

69 Auskreuzungs- und Saatgutverunreinigungen stellen die Landwirt-  
70 schaft vor vollendete Tatsachen und gehen zu Lasten des konven-  
71 tionellen und ökologischen Anbaus. In Kanada wurde konventio-  
72 neller und ökologischer Raps durch Auskreuzung vollständig von  
73 gv-Raps verdrängt.

74

75 Imker wissen nicht, wie sie verhindern können, dass Bienen Pollen  
76 von gv-Pflanzen aufnehmen und somit die konventionelle und  
77 ökologische Honigproduktion zwangsläufig verunreinigen. Dies  
78 zeigt, Koexistenz ist nicht möglich.

79

80 „Gentechnikfrei“ ist mittlerweile ein unschätzbares Qualitäts-  
81 merkmal - ein Markenzeichen!





# **SPD-Bezirksparteitag 2009**

## **B**

### **Bildungspolitik**



# Antrag Nr. B 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

## Großbaustelle Bildungspolitik Niedersachsen

Eine vernünftige Bildungspolitik ist die Grundvoraussetzung für die Zukunft unserer Kinder und damit für unser Land.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, sich gemäß seinen Fähigkeiten auf sein Berufsleben und seine Zukunft vorbereiten zu können.

Es ist Aufgabe der niedersächsischen Politik, unseren Kindern dieses Recht zu ermöglichen.

Zu jedem Haus gehört ein vernünftiges Fundament, deshalb beginnt Bildung nicht erst in der Grundschule.

Zur Verwirklichung einer vernünftigen Bildungspolitik bedarf es einer Vielzahl von Veränderungen in der niedersächsischen Bildungslandschaft:

1. Änderung des Kindertagesstättengesetzes
  - Betreuungsschlüssel in den Krippen pro Fachkraft auf fünf Kinder senken.
  - Die Größe der Kindergartengruppen auf 20 Kinder reduzieren.
  - Die Verfügungsstunden pro Gruppe auf 12 Stunden wöchentlich erhöhen.
  - Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.
  - Die Bedingungen für die Integration in den Krippen und Kindertagesstätten verbessern und verbindlich regeln.
2. Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes
  - Erhalt der Vollen Halbtagschulen.
  - Abschaffung der vorgeschriebenen Fünfüzigkeit bei der Genehmigung neuer Gesamtschulen.
  - Nichteinführung des Turboabiturs an Gesamtschulen.
  - Rechtsanspruch auf Ganztagschule an den Gesamtschulen einführen.
  - Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.
  - Eine verstärkte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung  
an Landtagsfraktion

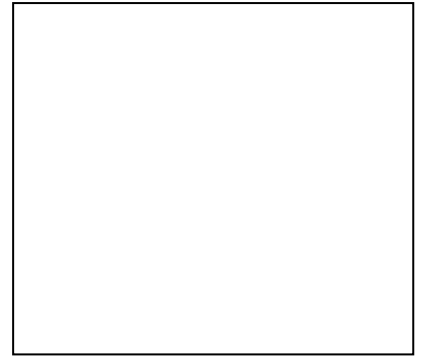
Neuer Spiegelstrich:  
- Senkung der Klassenfrequenzen

Streichung: „an den Ganztagschulen“

Neuer Spiegelstrich:  
- eine personelle Verstärkung der schulpsychologischen und sozialpädagogischen Unterstützungssysteme.

46 - Abschaffung der Studiengebühren.  
47  
48  
49 Begründung:  
50 Der von der niedersächsischen Landesregierung seit 2003  
51 eingeschlagene Weg geht genau in die falsche Richtung.  
52 Sowohl in der Kindergarten- als auch in der Schulpolitik ist  
53 Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern  
54 sehr schlecht aufgestellt.  
55 Unstrittig ist, dass Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen  
56 im Bereich der Elementarpädagogik sind.  
57 Die Anforderungen an Kindertagesstätten haben sich in den  
58 vergangenen Jahren stark verändert.  
59 Die Ausbildung der Fachkräfte muss gemäß diesen Anforde-  
60 rungen reformiert werden.  
61 Gute Ansätze, wie der von den Verbänden im Auftrage der  
62 Regierung entwickelte Orientierungsplan, können auf Grund  
63 der Kosten bei der dafür erforderlichen Personalausstattung  
64 nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden. Die Fachkräfte  
65 brauchen dafür erheblich mehr Verfügungszeiten.  
66 Der § 8 a KJHG bindet bei den Erzieherinnen und Erziehern  
67 viel Zeit, die faktisch nicht vorhanden ist.  
68 Der derzeitige Betreuungsschlüssel in den Krippen – 2 Fach-  
69 kräfte auf 15 Kinder – ist unverantwortlich.  
70 In den Gruppen gibt es viel zu wenig männliche Betreuungs-  
71 kräfte.  
72 Die integrative Arbeit in den Krippen ist nicht geregelt, hier  
73 wird uns die Realität bei der Diskussion über das Thema In-  
74 klusion einholen.  
75 Das gleiche gilt für das Niedersächsische Schulsystem.  
76 Inklusive Schule mit echten Chancen für alle gemäß ihren  
77 Fähigkeiten ist nur durch gemeinsames Lernen in Gesamt-  
78 schulen möglich.  
79 Die Landesregierung hat mit Aufhebung des Errichtungsver-  
80 botes für Gesamtschulen im Jahr 2008 die Hürden für diese  
81 Schulform sehr hoch gelegt.  
82 In diesem Jahr wurde mit dem Beschluss, das Turboabitur  
83 auch an Gesamtschulen einzuführen klar dokumentiert, dass  
84 diese Schulform von den Regierungsfraktionen in Hannover  
85 nicht gewollt ist.  
86 Gesamtschulen können erfolgreich nur in einer ganztägigen  
87 Beschulung arbeiten.  
88 An vielen Beispielen können wir von unseren erfolgreicherem  
89 europäischen Nachbarn lernen.  
90 Eine gute Schulpolitik bedeutet vor dem sich abzeichnenden  
91 demografischen Wandel auch, wirtschaftspolitische Weichen  
92 zu stellen. In Zukunft wird jede und jeder gebraucht.  
93 Wir können es uns nicht erlauben, dass es in Niedersachsen  
94 in Zukunft Schülerinnen und Schüler gibt, die durch verfrühte

95 Trennung in verschiedene Schulsysteme auf der Strecke blei-  
96 ben.  
97 Wir erlauben uns durch milliardenschwere Unterstützungs-  
98 programme, diese Wirtschaft in der Krise kurzfristig wieder  
99 in Gang zu schieben, damit diese, unsere Generation keine  
100 Not leiden muss.  
101 Investitionen in die Bildung sind langfristig.  
102 Selbst wenn wir dafür Kredite aufnehmen würden, wären  
103 das rentierliche Schulden, die wir vor unseren Kindern auch  
104 verantworten können.



1 **Antrag Nr. B 2**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Volle Halbtagschule**

8

9 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die bestehenden vollen Halbtagsgrund-  
10 schulen erhalten bleiben. Weiter setzt sich die SPD dafür ein, dass die  
11 verlässlichen Grundschulen in volle Halbtagsgrundschulen umgewan-  
12 delt werden.

13

14 **Begründung:**

15 Das Modell der vollen Halbtagsgrundschule, wie es z.B. an der Grund-  
16 schule in Neukamperfehn durchgeführt wird, setzt auf eine volle Be-  
17 treuung durch Lehrkräfte am ganzen Vormittag. Hierfür erhalten die  
18 Schulen einen zusätzlichen Bedarf an Lehrerstunden, um eine pädagogi-  
19 sche wirksame Betreuung zu gewährleisten. Sollte dieser Bedarf nicht  
20 durch Vertretungsnotwendigkeiten ausgeschöpft werden, so stehen die-  
21 se Lehrerstunden z.B. für notwendige Fördermaßnahmen oder andere  
22 zusätzliche pädagogische Vorhaben zur Verfügung. Dieses Modell soll  
23 durch die Niedersächsische Landesregierung abgeschafft werden.  
24 Während an den verlässlichen Grundschulen z.B. bei Vertretungsnot-  
25 wendigkeiten diese durch die pädagogischen Mitarbeiter oder sogar  
26 durch das Betreuungspersonal abgedeckt werden, stehen hierfür in der  
27 vollen Halbtagschule ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung.

**Antragskommission:**

Erledigt durch B 1

1 **Antrag Nr. B 3**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Ganztagschulen**

8

9 Die SPD setzt sich dafür ein, dass bestehende und neue Ganztags-  
10 schulen eine zusätzliche Lehrerstundenquote von 30 % ihres Be-  
11 darfes an Unterrichtsstunden erhalten. Weiter setzt sich die SPD  
12 dafür ein, dass in notwendigem Umfang Stellen für sozialpädago-  
13 gische Kräfte für alle Ganztagschulen geschaffen werden.

14

15

16 **Begründung:**

17

18 Die von der niedersächsischen Landesregierung genehmigten  
19 Ganztagschulen setzten auf eine deutliche Trennung zwischen  
20 Unterricht am Vormittag und Betreuung am Nachmittag. Eine  
21 sinnvolle pädagogische Organisation als Ganztagschule ist nach  
22 meiner aller Experten so nicht möglich. Ganztagschule ist mehr  
23 als eine Addition von Unterricht und Betreuung. Ganztagschule  
24 setzt darauf, dass Lernen, Förderung, interessen geleitete Arbeit  
25 von Schülerinnen und Schüler z.B. in Arbeitsgemeinschaften oder  
26 Ruhephasen z.B. in der Mittagszeit in einem abgestimmten  
27 Rhythmus über den ganzen Tag erfolgen.

**Antragskommission:**

Erledigt durch B 1

## Antrag Nr. B 4

Antragsteller: KV Leer

### Integrierte Gesamtschulen

Für staatliche Integrierte Gesamtschulen muss:

- die Möglichkeit, das Abitur nach 13 Jahren zu absolvieren, erhalten bleiben
- der Unterricht auch bei Neugründungen als Ganztagsunterricht erfolgen
- die Bedingung der Fünfzügigkeit für Neuerrichtungen abgeschafft werden
- es die Möglichkeit für weitere Standorte im Landkreis Leer geben, wenn der entsprechende Elternwille vorliegt.

Begründung:

Im Landkreis Leer geht im Jahr 2010 die erste staatliche Integrierte Gesamtschule an den Start. Die Elternbefragung zeigte einen großen Wunsch der Eltern nach dieser Schulform im gesamten Landkreis.

Entscheidende Vorteile der IGS und somit mit ausschlaggebend für ähnliche Voten im gesamten Land Niedersachsen sind die integrative Arbeit, der Unterricht in Ganztagsform und auch die Möglichkeit, den Kindern das Turboabitur zu ersparen.

Eltern, Schüler und Lehrkräfte sprechen sich entschieden gegen die Absicht der Landesregierung aus, auch an Integrierten Gesamtschulen das Turbo-Abitur zwingend einzuführen. Denn damit würde faktisch die integrative Struktur der Sekundarstufe I abgeschafft, da Schülerinnen und Schüler, die einmal das Abitur machen sollen, dann frühzeitig gesondert unterrichtet und aus dem integrativen Unterricht und Schulleben herausgelöst werden müssten. An eine gemeinsame Ganztagsziehung wäre nicht mehr zu denken.

Eltern, Schüler und Lehrkräfte wollen, dass die Integrierte Gesamtschule in ihrer jetzigen Form als die Schule ihrer Wahl erhalten bleibt.

Wo der entsprechende Elternwille vorliegt, sind im Landkreis Leer weitere Standorte für IGSn zu ermöglichen. Um dies zu ermöglichen, ist die Hürde der Fünfzügigkeit abzuschaffen. Dies ist insbesondere für die Insel Borkum notwendig, damit

Antragskommission:

Erledigt durch B 1



47 auch dort die Kinder in den Genuss der IGS kommen und  
48 bestmöglich gefördert werden und bei entsprechender Be-  
49 gabung auch auf der Insel selbst das Abitur machen können.



1 **Antrag Nr. B 5**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Lernmittelfreiheit**

8  
9

Die SPD setzt sich dafür ein die Lernmittelfreiheit wieder einzuführen.

10  
11

12

13 **Begründung:**

14  
15

Antrag spricht für sich!

**Antragskommission:**

Erledigt durch B 1

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19

## Antrag Nr. B 6

Antragsteller: KV Leer

### Klassenfrequenzen

Die SPD setzt sich für die Senkung von Klassenfrequenzen ein.

#### Begründung:

Alle Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen müssen individuell lernen können, um ihr eigenes Leistungsoptimum zu erreichen. Dies ist bei gegenwärtigen Klassengrößen von 30 und mehr Kindern oder Jugendlichen an einer Vielzahl von Schulen nicht möglich.

Antragskommission:

Erledigt durch B 1

1 **Antrag Nr. B 7**

2  
3  
4 **Antragsteller: KV Leer**

**Antragskommission:  
Erledigt durch B 1**

5  
6  
7 **Personelle Ausstattung der Schulen**

8  
9 Die personelle Ausstattung der Schulen ist umgehend mit  
10 geeigneten Maßnahmen zu verbessern. Defizite bestehen  
11 hier nicht nur in der Versorgung mit Lehrkräften. Auch die  
12 Ausstattung mit Sozialpädagogen ist mit geeigneten Maß-  
13 nahmen dringend zu verbessern.

14  
15  
16 **Begründung:**

17  
18 Die von CDU/FDP vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbes-  
19 serung der Unterrichtsversorgung greifen nicht und benach-  
20 teiligen besonders die schwächsten Schüler.

21 Die Vorschläge der Landesregierung verbessern weder nach-  
22 haltig die Unterrichtsversorgung, noch wird ein einziger Bei-  
23 trag zur Weiterentwicklung des Schulwesens geleistet  
24 Maßnahmen wie die drastische Einschränkung der Möglich-  
25 keit von Teilzeitarbeit, von Entlastungsstunden für Bera-  
26 tungslehrer sowie die Abschaffung der vollen Halbtagschu-  
27 len sind ungeeignet, das Unterrichtsdefizit zu beseitigen.  
28 Außerdem werden die Schulleitungen und Lehrkräfte heute  
29 zu sehr mit Verwaltungsaufgaben in Beschlag gelegt. Diese  
30 Zeiten fehlen für die Konzentration auf ihre pädagogische  
31 Aufgabe.

32 Unstrittig ist auch, dass an den Schulen ein erhöhter Bedarf  
33 an Sozialpädagogen und auch Schulpsychologen besteht.

1 **Antrag Nr. B 8**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Schulpsychologenstellen**

8

9 Die SPD setzt sich für eine deutliche Erhöhung der für die Be-  
10 ratung an Schulen und die Betreuung von Schülerinnen und  
11 Schülern an Schulen zur Verfügung stehenden Schulpsycho-  
12 logenstellen ein.

13

14

15 **Begründung:**

16

17 Die Amokläufe an Schulen in der Bundesrepublik haben deut-  
18 lich gezeigt, dass Schulen heute ein präzises Stützungssys-  
19 tem benötigen. Hierzu gehören auch Schulpsychologen. In  
20 Niedersachsen kommt derzeit auf 32 000 Schülerinnen und  
21 Schüler eine schulpsychologische Vollzeitstelle. Im Landkreis  
22 Leer ist seit der Schließung der schulpsychologischen Bera-  
23 tung durch das Land Niedersachsen dieses Angebot verwaist  
24 und bedarf dringend der Wiederbesetzung.

25 Einige Zahlen zum Vergleich: Auf einen Schulpsychologen  
26 kommen in Bremen 7 575 Schüler, in Sachsen-Anhalt 9164  
27 Schüler., in Hessen 12 293 Sch. Oder in Mecklenburg-  
28 Vorpommern 10 105 Sch. (Quelle: Berufsverband Deutscher  
29 Psychologinnen und Psychologen 2008)

**Antragskommission:**

**Erledigt durch B 1**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

# Antrag Nr. B 9

Antragsteller: KV Leer

**Keine Kommunalisierung von Lehrerarbeitsplätzen**

Die SPD wendet sich gegen die Kommunalisierung von Lehrkräften.

**Begründung:**

Die schulische Ausbildung ist Aufgabe des Staates. Von diesem Grundsatz wird die Aufgabe des Landes abgeleitet für die schulische Ausbildung zu sorgen. Hierzu gehören auch die Lehrkräfte, die somit auch vom Land einzustellen und zu bezahlen sind. Das Land hat dafür zu sorgen, dass alle Regionen in Niedersachsen mit qualifizierten Lehrkräften versorgt werden, damit die Schülerinnen und Schüler in allen Regionen annähernd die gleichen Rahmenbedingungen haben. Kommunalisierung bedeutet, dass Städte, Gemeinden oder Kreise Lehrkräfte einstellen sollen. Damit wird die Gleichbehandlung aller Regionen fragwürdig, da z.B. in Zeiten des Lehrermangels wie gegenwärtig finanziell gut ausgestattet oder für Lehrkräfte attraktivere Kommunen im Vorteil sind.

**Antragskommission:**  
  
**Annahme**  
  
**Weiterleitung an Landtagsfraktion**

1 **Antrag Nr. B 10**

2  
3  
4 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Defusion der Hochschullandschaft im Nordwesten –**  
8 **Bedingungen müssen stimmen**

**Antragskommission:**

**Annahme  
Weiterleitung an  
Landtagsfraktion**

9  
10 Mit dem im Juni im Landtag beschlossenen Entflechtungsgesetz  
11 werden aus der mit rund 10.000 Studierenden größten Fachhoch-  
12 schule Niedersachsens zwei Fachhochschulen, die Fachhochschule  
13 Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth mit 6000 Studierenden und  
14 die Fachhochschule Emden/Leer mit knapp 4000 Studierenden.  
15 Diese Teilung wird von der SPD Weser-Ems unterstützt. Es hat sich  
16 gezeigt, dass es nicht gelungen ist, eine standortübergreifende  
17 Planung und ein gedeihliches Zusammenwirken aller Beteiligten  
18 zu erreichen. Dies wäre aber Voraussetzung dafür gewesen, die  
19 Fusion der Fachhochschulen zu einem Erfolgsmodell werden zu  
20 lassen. Jetzt gilt es, die Zukunftsperspektiven der einzelnen Hoch-  
21 schulstandorte sicher zu stellen.

22 Die Herausforderungen für die beiden neu zu errichtenden Fach-  
23 hochschulen sind enorm: Es geht für sie darum, auch dann noch  
24 genügend Studierende zu haben, wenn demografisch bedingt die  
25 Zahl der Studierenden wieder zurückgeht. Und es geht darum,  
26 dass die Hochschulen so aufgestellt werden, dass sie ihre wichtige  
27 Aufgabe, Motoren regionaler Entwicklung zu sein, erfüllen können.  
28 Mögliche Entwicklungsperspektiven für die neuen Fachhochschu-  
29 len wurden von der Strukturkommission aufgezeigt und werden  
30 von der SPD Weser-Ems unterstützt. Dazu gehören: Für die FH Em-  
31 den/Leer muss ein Wachstum auf dauerhaft über 4000 Studieren-  
32 de gesichert werden. Empfohlen wird der Ausbau des Fachbereichs  
33 Soziale Arbeit und Gesundheit und neue Studienangebote im  
34 Fachbereich Technik. Die Seefahrtausbildung am Standort Leer  
35 muss gestärkt und ein eigenständiger Fachbereich werden. Die  
36 Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth muss ihr Pro-  
37 fil „Maritime Wirtschaft, Logistik, Meerestechnik und Tourismus-  
38 wirtschaft“ ausbauen, neue Studienangebote entwickeln und mit  
39 der Universität Oldenburg in Forschung und Lehre kooperieren.

40 Die SPD-Landtagsfraktion hat dem Gesetz nicht zugestimmt, da  
41 wesentliche Punkte nicht geklärt oder nicht akzeptabel waren. Die  
42 eingesetzte Strukturkommission hat auch deutlich gemacht, dass  
43 der Neustart nur gelingen kann, wenn die finanziellen Rahmenbe-  
44 dingungen stimmen. Dazu gehört, dass die entstehenden Kosten  
45 der Entflechtung komplett vom Land ausgeglichen werden. Zu-  
46 sätzlich muss das Land eine Anschubfinanzierung leisten. Eine Ab-

47 schätzung der Kosten der Entflechtung und die Zusage der Über-  
48 nahme der entstehenden Kosten ist das Ministerium schuldig ge-  
49 blieben.

50 Die Landesregierung will das Defusionsgesetz nutzen, um das in  
51 der Niedersächsischen Verfassung garantierte Selbstverwaltungs-  
52 recht der Hochschulen abzuschaffen. Es werden neue Kontroll-  
53 und Lenkungsorgane geschaffen, die jede Hochschulautonomie  
54 ad absurdum führen. So werden die Universität Oldenburg und die  
55 FH Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth gezwungen, als zentrales  
56 Organ der Hochschulen einen gemeinsamen Lenkungsausschuss  
57 einzurichten. Nicht mehr der Senat der beiden Hochschulen son-  
58 dern der Lenkungsausschuss wird künftig über die Entwicklungs-  
59 planung der Hochschulen entscheiden. Jeder Berufungsvorschlag  
60 bedarf des Einvernehmens mit dem Lenkungsausschuss.

61 Die Chance, mit großer Zustimmung der Hochschulen und einem  
62 starken Votum des Landtages dem Neustart der Hochschulen für  
63 die Region Oldenburg und Ostfriesland Rückenwind zu geben, ha-  
64 ben CDU und FDP vertan.

65

66 **Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Weser-Ems konkret:**

67

68 1. Die beiden jetzt entstehenden Fachhochschulen Emden/Leer und Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth müssen  
69 so ausgestaltet werden, dass sie gemeinsam mit der Carl-  
70 von-Ossietzky-Universität Oldenburg die Hochschulregion  
71 im Nordwesten Niedersachsens zukunftsfähig gestalten  
72 können. Deswegen muss das Land die gesamten  
73 Defusionskosten vollständig übernehmen und die notwen-  
74 dige Anschubfinanzierung leisten.  
75

76 2. Es muss gewährleistet sein, dass im Rahmen der Koopera-  
77 tion der zukünftigen Fachhochschule Wilhelmsha-  
78 ven/Oldenburg/Elsfleth mit der Carl-von-Ossietzky Univer-  
79 sität Oldenburg schon begonnene Kooperationen zwischen  
80 den Hochschulen im Nordwesten auf Augenhöhe fortge-  
81 setzt und ausgebaut werden können. Dazu gehört auch ei-  
82 ne enge Einbindung der Fachhochschule Emden/Leer. Er-  
83 folgreiche Kooperationen der ehemaligen gemeinsamen  
84 Fachhochschule sollten fortgesetzt werden können.

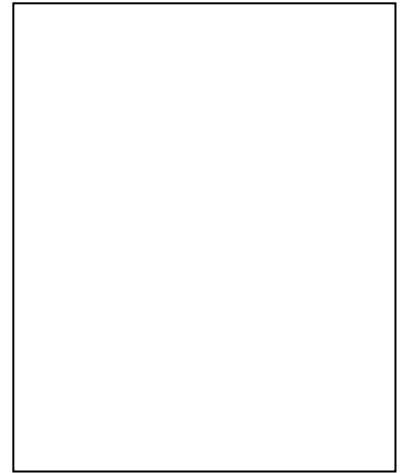
85 3. Die zurzeit und teilweise schon seit Jahren durch die Lan-  
86 desregierung nicht besetzten Professorenstellen müssen  
87 schnellst möglich freigegeben und besetzt werden.

88 4. Die Hochschulen müssen wie die anderen Hochschulen in  
89 Niedersachsen die Chance haben, sich im Rahmen des  
90 Hochschulgesetzes zu entwickeln. Der vorgesehene ge-  
91 meinsame Lenkungsausschuss stellt dies in Frage. Die ver-



92 fassungsrechtlichen Bedenken müssen geprüft und der  
93 Staatsgerichtshof ggf. angerufen werden.

94 5. Mit Blick auf die Schwerpunkte der Hochschule z.B. in der  
95 Maritimen Verbundwirtschaft müssen die Hochschulen ei-  
96 ne besondere Rolle einnehmen. Dazu müssen zusätzliche  
97 Mittel zum Ausbau des Technologietransfers, gerade in der  
98 Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Unter-  
99 nehmen, zur Verfügung gestellt werden.



1 **Antrag Nr. B 11**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Fachbereich Seefahrt Leer**

8

9 Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Fachbereich Seefahrt  
10 am Standort Leer eine Bestandsgarantie auszusprechen.

11

12

13 **Begründung:**

14

15 Zum ersten September 2009 wird die Fachhochschule Oldenburg/  
16 Ostfriesland/ Wilhelmshaven aufgelöst und in zwei selbstständige  
17 Fachhochschulen übergeleitet.

18 Von dieser Entflechtung ist eine Stärkung der Wettbewerbsfähig-  
19 keit zu erwarten. Insbesondere für den Fachbereich Seefahrt in  
20 Leer birgt die Entflechtung sehr gute Entwicklungschancen.

21 Die Seefahrtsschule Leer ist ein anerkannter Jobmotor von überre-  
22 gionaler Bedeutung. Die Neustrukturierung der Arbeit muss durch  
23 die ausdrückliche Standortsicherung im Gesetz unterstützt wer-  
24 den.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Landtagsfraktion**

1 **Antrag Nr. B 12**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Von Eltern zu tragende Kosten**

8

9 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die von den Eltern zu tragenden  
10 Kosten für die Bildung und Ausbildung von Kindern, Jugendlichen  
11 und jungen Erwachsenen deutlich reduziert werden. Insbesondere  
12 Kinder von ALG II-Empfängern oder Geringverdienern sowie ALG II-  
13 Empfänger oder Geringverdiener sind zu berücksichtigen. Dabei ist  
14 auszuschließen, dass diese Mittel auf ALG II Leistungen angerech-  
15 net werden.

16

17

18 **Begründung:**

19

20 Um dem angesprochenen Personenkreis eine Zukunftsperspektive  
21 zu ermöglichen, ist es notwendig, dass diese Menschen ein Opti-  
22 mum an Bildung bekommen. Die dafür notwendigen Kosten kann  
23 dieser Personenkreis jedoch häufig nicht tragen. So sind z.B. Fahrt-  
24 kosten zu einer Bildungseinrichtung notwendig oder die Ausstat-  
25 tung mit Material. Dieses gilt unabhängig von der Art der Bil-  
26 dungseinrichtung, die von diesen Menschen besucht wird oder in  
27 Anspruch genommen werden muss. Um eine Benachteiligung von  
28 ALG II Empfängern zu verhindern, dürfen diese Mittel nicht auf die  
29 ALG II Leistungen angerechnet werden.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Bundestagsfraktion**

## 1 Antrag Nr. B 13

2  
3  
4 Antragsteller: UB Oldenburg-Stadt

5  
6  
7 Chancengleichheit trotz Hartz IV und Sozialhilfe  
8 durch vollständige Übernahme der Kosten des  
9 Schulbesuchs zusätzlich zu den Regelleistungen

10  
11 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die nachfolgende Ge-  
12 setzesänderung in die Wege zu leiten. § 23 Abs. 3 Nr. 3 SGB II wird  
13 insoweit geändert, als die dortige Regelung „mehrtägige Klassen-  
14 fahrten im  
15 Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen sind nicht von den  
16 Regelleistungen umfasst“ ersetzt wird durch den Wortlaut „sämt-  
17 liche  
18 Kosten des Schulbesuches sind nicht von den Regelleistungen um-  
19 fasst.“

20  
21  
22 Begründung:

23  
24 Spätestens seit dem Orientierungsrahmen 1985 ist es Ziel sozial-  
25 demokratischer Bildungspolitik, die Chancengleichheit im Bil-  
26 dungswesen durchzusetzen. Inzwischen hat die Bundesrepublik  
27 die  
28 UN-Kinderrechtskonvention unterschrieben, wonach sie sich ge-  
29 mäß  
30 Art. 28 verpflichtet hat, die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs  
31 und Lernmittel sicherzustellen. Dennoch müssen Kinder, die Leis-  
32 tungen  
33 nach "Hartz IV" erhalten, von den u.a. vom Landessozialgericht  
34 Hessen und vom  
35 Bundessozialgericht viel zu gering angesehenen Regelsätzen die  
36 Kosten im Rahmen des Schulbesuchs selbst tragen, z.B. Taschen-  
37 rechner, Arbeitshefte, Kopiergeld, Bastelgeld usw. Der von der  
38 Bundesregierung eingeführte pauschale Ausgleich von 100 € pro  
39 Kind und Jahr reicht  
40 nicht aus und deckt nicht den Bedarf im Einzelfall, der wesentlich  
41 höher liegen kann.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an die  
Bundestagsfraktion

# SPD-Bezirksparteitag 2009

**K**

**Kommunalpolitik**



# Antrag Nr. K 1

Antragsteller: UB Oldenburg-Land

## Kommunalverfassung

Der Parteitag beschließt eine Untersuchung – und ggf. Veränderung – über die im Jahr 1996 eingeführte niedersächsische Kommunalverfassung mit dem Ziel, das Ehrenamt in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen zu stärken.

### Begründung:

Kommunalpolitik in Niedersachsen ist mit dem am 06. März 1996 verabschiedeten Kommunalverfassungsrecht in Bewegung gekommen.

Kernbestandteil des neuen Kommunalverfassungsrechtes war die neue NGO (Niedersächsische Gemeindeordnung) und die neue NLO (Niedersächsische Landkreisordnung), die am 01. November 1996 in Kraft traten.

Die wichtigsten Neuerungen umfassten folgende Bereiche:

1. Es wurde die sog. Eingleisigkeit eingeführt. Das heißt im Kern: Die Bürgerinnen und Bürger wählen ihren Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Landrat direkt.
2. Weiter wurden mit der Reform die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement sind wichtige Grundpfeiler unserer Demokratie und für uns als SPD unerlässlich.
3. Die Stellung der Stadt- und Gemeinderäte sowie der Kreistage und der einzelnen Rats- bzw. Kreistagsmitglieder sollte gestärkt werden.

Bei der Reform hat man sich weitgehend an den süddeutschen Modellen orientiert.

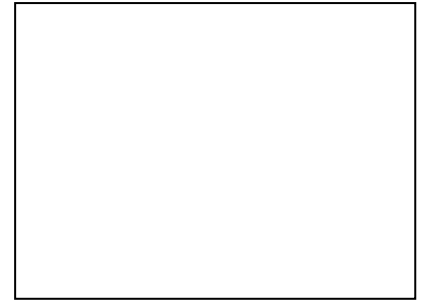
Ob diese Entwicklung hin zur süddeutschen Kommunalverfassung allerdings sinnvoll und nützlich für Niedersachsen

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Landesparteitag

47 unter besonderer Betrachtung der beabsichtigten Stärkung  
48 des Ehrenamtes in den Stadt- und Gemeinderäten sowie  
49 Kreistagen verlaufen ist, sollte nun nach 13 Jahren prakti-  
50 scher Erfahrung umfangreich untersucht und beurteilt wer-  
51 den.  
52 Die Untersuchung sollte unter Einbeziehung der SGK (Sozi-  
53 aldemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) und  
54 der SPD-Landtagsfraktion vorgenommen werden.





1 **Antrag Nr. K 2**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Osnabrück-Stadt**

5  
6  
7 **Gemeinwohl vor Gewinnmaximierung - Kommunales Eigentum stärken**

9  
10 Der Bezirksparteitag Weser Ems möge beschließen:

11  
12 Deutschland braucht starke Kommunen. Die Kommunen sind  
13 verantwortlich für die Betreuung unserer Kinder, für die Schulen,  
14 die Altenbetreuung, das Gesundheitswesen, für die Wasserver-  
15 sorgung, die Müllentsorgung, den öffentlichen Personennahver-  
16 kehr und viele andere Dienstleistungen.

17  
18 Der Bezirksparteitag der SPD Weser Ems fordert daher alle Man-  
19 datsträger im Bund, im Land und in der Kommune auf, unsere  
20 Städte, Gemeinden und Kreise stärker ins Blickfeld der Politik zu  
21 rücken und sich dafür einzusetzen, dass Kommunen eine hinrei-  
22 chende Finanzausstattung seitens des Bundes und der Länder  
23 gewährt wird, die es ihnen ermöglicht, die vielfältigen Aufgaben  
24 der kommunalen Daseinsvorsorge auch bewältigen zu können.

25  
26 Wir brauchen starke und handlungsfähige Städte, die öffentliche  
27 Dienstleistungen sichern und den Klima – und Umweltschutz  
28 fördern. Die SPD Weser Ems fordert einen wirksamen Schutz für  
29 öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, damit die  
30 Kommunen weiterhin hochwertige Dienstleistungen für die  
31 Menschen anbieten können. Wasserversorgung, Abwasser – und  
32 Müllentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr ebenso wie  
33 kommunale Parkraumbewirtschaftung in städtischen Parkhaus-  
34 gesellschaften sowie kommunale Energiedienstleister in Form  
35 stadteigener Stadtwerke dienen dem Gemeinwohl und nicht der  
36 Gewinnmaximierung.

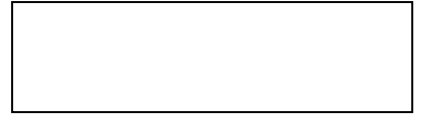
37  
38 Einen Ausverkauf kommunalen Eigentums wird es mit der SPD in  
39 Weser Ems nicht geben. Die SPD Weser Ems lehnt deshalb aus  
40 grundsätzlichen Erwägungen der kommunalen Stadtentwicklung  
41 und öffentlichen Daseinsfürsorge, die Privatisierung kommunaler  
42 Dienstleistungen ebenso ab, wie den Verkauf städtischer Gesell-  
43 schaften wie Stadtwerke oder kommunaler Parkhaus- oder Woh-  
44 nungsbaugesellschaften.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Landesparteitag**

46 Die sozialdemokratischen Mandatsträger auf Bundes-, Landes-  
47 und kommunaler Ebene sind aufgefordert, sich im Rahmen ihrer  
48 Mandatstätigkeit in diesem Sinne einzusetzen.



1 **Antrag Nr. K 3**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Friesland**

5  
6

7 **Schließfächer in Schulen**

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen sich dafür einzusetzen,  
10 dass für jeden Schüler Schließfächer in den Schulen bereitgestellt  
11 werden, um eine schädliche Belastung der Rücken der Schüler zu  
12 vermeiden

13

14

15 **Begründung:**

16

17 Täglich haben unsere Schüler eine schwere Last zu tragen - ihre  
18 Schultaschen. Dabei müssen meist sämtliche Materialien, von den  
19 schweren Büchern bis zum leichten Lineal, zur Schule wahrlich  
20 „mitgeschleppt“ werden. Immer häufiger warnen auch Mediziner  
21 vor den täglichen Belastungen des Rückens. Haltungsschäden sind  
22 bei den jungen Bürgern weit verbreitet und somit ist es wichtig,  
23 endlich Schließfächer zur Lagerung von Materialien (die nicht für  
24 Hausaufgaben gebraucht werden) in den Schulen bereitzustellen.  
25 Es würden zudem Kosten für die Behandlungen eventueller Hal-  
26 tungsschäden vermieden.

**Antragskommission:**

**Nichtbefassung**

## Antrag Nr. K 4

Antragsteller: KV Wittmund

Rauchmelderpflicht für Wohn- und Geschäftsgebäude

Der Bezirksparteitag möge beschließen sich dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Rauchmelderpflicht für Wohn- und Geschäftsgebäude eingeführt wird.

### Begründung:

Der effektivste Lebensretter bei Bränden ist der Rauchmelder. Da bei Wohnungsbränden nicht das Feuer selbst, sondern der Rauch das Gefährlichste ist, kann ein Rauchmelder durch seinen lauten Alarm den Bewohnern des Hauses den nötigen Vorsprung geben.

Zigarettenrauch und brennende Kerzen lösen aufgrund der sensiblen Sensoren eines geprüften Rauchmelders keinen Alarm aus.

Brandtote sind Rauchtote. Täglich verunglücken in Deutschland durchschnittlich zwei Menschen tödlich durch ein Feuer, meistens in den eigenen vier Wänden. Die Mehrheit davon stirbt an einer Rauchvergiftung und zwei Drittel aller Brandopfer wurden nachts im Schlaf überrascht. Denn Rauch ist schneller als Feuer - und lautloser.

Ca. 200.000 Brände im Jahr, meist ausgelöst durch technische Defekte, mit 600 Brandtoten, 6.000 Brandverletzte mit Langzeitschäden, über 1 Mrd. Euro Sachschaden sind alarmierend.

Rauchmelder sind in vielen Bundesländern bereits Pflicht.

Auch der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen fordert eine Rauchmelderpflicht in Niedersachsen. Um diese Forderung zeitnah umzusetzen, bittet der Kreisverband Wittmund um Zustimmung.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Landtagsfraktion

# SPD-Bezirksparteitag 2009

**S**

**Soziales und Gesundheit**



# Antrag Nr. S 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

(Kinder) Armut bekämpfen – Teilhabe sichern

Die SPD in Weser-Ems fordert die Bundes- und Landesregierung und die Kommunen auf, wirksame Konzepte zur Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln und umzusetzen.

Kinder und ihre Familien brauchen Beides: genügend Geld und eine qualitativ und quantitativ hochwertige Infrastruktur.

- Überwindung der Grenzen des Föderalismus

Die Umsetzung der folgenden Forderungen gelingt nur, wenn Bund, Länder und Kommunen den Sozialstaat neu denken und föderative Grenzen zum Wohle aller Kinder überwinden:

- Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Erziehung ausbauen!

Bildung ist die sicherste Armutsprävention. Daher sind kostenfreie Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote für alle Kinder von Geburt an die zwingende Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem.

Die Kindertagesstätten sind zu Familienzentren ebenso weiterzuentwickeln wie die Schulen, die sich dem Sozialraum öffnen und mehr vermitteln als Bildung. Mit einem pädagogischen Gesamtkonzept nach verbindlichen bundeseinheitlichen Standards bieten sie ebenfalls Erziehung und Betreuung in einer zehnjährigen gemeinsamen Lernzeit, nach der keine Schülerin und kein Schüler ohne berufsqualifizierenden Schulabschluss entlassen werden darf.

Kinder und deren Eltern benötigen einen Ausbau von Familienbildungs- sowie niedrigschwelligen Beratungs- und Freizeitangeboten. Darüber hinaus ist für alle Kinder eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und –versorgung sicher zu stellen. Dafür muss wieder eine Struktur aufgebaut werden, die im Bedarfsfall auch unabhängig von der Mitwirkung der Eltern sicherstellt, dass mögliche gesundheitliche Fehlentwicklungen und Krankheiten frühzeitig erkannt und behandelt werden.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an  
Bundesparteitag

47 • Monetäre Leistungen zielgerichteter vergeben  
48

49 Nach der Grundsicherung für Erwerbslose, für Ältere und Men-  
50 schen mit Behinderungen ist diese auch für Kinder einzuführen.  
51 Nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes muss sie zur  
52 Existenzsicherung zurzeit mindestens 322,- Euro monatlich betra-  
53 gen. Solange der Zugang zu Bildungs- und Betreuungseinrichtun-  
54 gen nicht wirklich kostenfrei ist, muss dieser Betrag um die eben-  
55 falls höchststrichterlich festgestellte Summe von 180,- Euro aufge-  
56 stockt werden.

57  
58 Die Finanzierung der Grundsicherung kann durch eine Bündelung  
59 aller bisherigen Leistungen der Familienförderung und die Ab-  
60 schaffung des Ehegattensplittings gewährleistet werden. Durch  
61 die Einkommensbesteuerung der Grundsicherung wird erreicht,  
62 dass gut Verdienende weniger als Niedrigverdiener und Bedürftige  
63 den ganzen Satz erhalten, während das bisherige System der Kin-  
64 derfreibeträge sowie der Anrechnung des Kindergeldes auf Trans-  
65 ferleistungen große Ungerechtigkeiten schafft.

66  
67 Die SPD Weser-Ems fordert vielmehr: jedes Kind muss dem Staat  
68 gleich viel wert sein!

69  
70

71 Begründung:

72

73 Die empirischen Ergebnisse der seit 1997 durchgeführten und dazu  
74 bisher einzigen deutschen Langzeitstudie des Instituts für Sozial-  
75 arbeit und Sozialpädagogik im Auftrag und Zusammenarbeit mit  
76 der AWO (Armut im Kindes- und Jugendalter I bis III; Folgestudie IV  
77 läuft vom 01.05.2009 bis 30.04.2012) verdeutlichen fundiert die  
78 verheerenden Folgen von Armut bei Vorschul- und Grundschulkin-  
79 dern. Sie beschreiben den Teufelskreis von Einkommensarmut =  
80 Bildungsarmut = Einkommensarmut und untermauern die Not-  
81 wendigkeit, präventiv Armut zu verhindern statt nur reaktiv die  
82 Folgen zu begrenzen.

83

84 Der am 18. Mai 2009 vom Paritätischen Wohlfahrtsverband her-  
85 ausgegebene bundesweite Armutatlas zeigt für unser Bundesland  
86 ein verheerendes Bild: Mit 15,5% weist Niedersachsen die dritt-  
87 höchste Armutsquote in Westdeutschland auf, die Regionen Ost-  
88 friesland (20,3%) und Osnabrück (17%) sind traurige Spitzenreiter.  
89 Auch Oldenburg und umzu liegt mit 16,2% noch über dem Landes-  
90 durchschnitt. Unterm Strich ist mehr als jeder 6. Mensch in Weser-  
91 Ems von Armut betroffen!

92

93 Die Zahlen, hinter denen Menschen und Schicksale stehen, de-  
94 monstrieren den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung so-  
95 wie in den Einrichtungen sozialer und schulischer Arbeit die drin-  
96 gende Notwendigkeit umfassender Maßnahmen für eine nachhal-  
97 tige Armutsvermeidung.



## Antrag Nr. S 2

Antragsteller: UB Delmenhorst

Steuerpflichtige Kindergrundsicherung statt Kindergelderhöhung

Die diversen Leistungen (z.B. Kindergeld, Kinderzuschlag, Baukindergeld, abgeleitete 60%ige Regelsätze für Kinder, Einkommenssteuervergünstigungen für Kinder) an die Familien abzuschaffen und durch eine steuerfinanzierte Grundsicherung für Kinder in monatlicher Höhe von ca. 450,- Euro zu ersetzen.

Gleichzeitig ist die Möglichkeit zu schaffen, dass Dritte (Schulen, Kindergärten z.B.), die Leistungen für ihnen anvertraute Kinder erbringen, die zu erstattenden Kosten auf die Stelle für Kindergrundsicherung überleiten zu können.

Begründung:

Die derzeitige Debatte um die Kindergelderhöhung ist vordergründig und klammert die Gerechtigkeitslücken bei der Mitfinanzierung von Kosten für Kinder aus.

Derzeit benötigen Kinder einen Strukturwandel und keine Kleinstbeträge, die hohen Verwaltungsaufwand produzieren, Strukturen unverändert lassen und nur bestimmten zugute kommen, weil viele – gerade ärmere Familien – eine Kindergelderhöhung im derzeitigen System gar nicht erreicht, weil Erhöhungen umgehende angerechnet werden auf andere – teils unzureichende – Transferleistungen.

Ungerecht ist auch, dass im derzeitigen System die Familien deutlich mehr Einkünfte für ein Kind beziehen, die höhere und hohe Einkünfte haben.

Durch eine steuerpflichtige Grundsicherung für Kinder und eine Separierung der Grundsicherung anstelle bisheriger Leistungen aus den Sozialgesetzbüchern würden die bisherigen ungerechten Verrechnungstechniken beendet.

Nach ersten Schätzungen geht die SPD davon aus, dass eine steuerpflichtige Kindergrundsicherung in der o. g. Höhe für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden haushaltsneutral zu gestalten wäre.

Antragskommission:

Erledigt durch S 1

1 **Antrag Nr. S 3**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Friesland**

5  
6

7 **Kindergeld**

8  
9  
10  
11  
12

Anteiliges Kindergeld auch bei „zu viel“ Einkommen des Auszubildenden. Statt bei einem Euro zu viel Einkommen das Kindergeld für das Jahr komplett zu streichen, sollte das Kindergeld anteilig nach dem zu hohen Einkommen gekürzt werden.

**Antragskommission:**  
  
**Annahme**  
  
**Weiterleitung an Bundestagsfraktion**

1     **Antrag Nr. S 4**

2  
3

4     **Antragsteller: UB Osnabrück-Stadt**

5  
6

7     **Rente mit 67**

8

9     Der Bezirksparteitag begrüßt den Vorstoß des SPD- Bundestagsab-  
10    geordneten Florian Pronold, die Rente mit 67 in Frage zu stellen.

11

12    Die anders als zum Zeitpunkt des Gesetzgebungsverfahrens prog-  
13    nostiziert deutlich negative Entwicklung der Arbeitslosigkeit be-  
14    gründet die Richtigkeit dieses Vorstoßes mehr als ausreichend.

15

16    Parteigliederungen und Mandatsträger werden aufgefordert, die-  
17    ses wesentliche sozialpolitische Thema aufzugreifen und im vor-  
18    gesehenen Überprüfungsverfahren auf die Rücknahme dieser Re-  
19    gelung hinzuarbeiten.

**Antragskommission:**

**Annahme mit Ände-  
rungen**

Überprüfungsverfahren ge-  
gebenenfalls auf die.....

1 **Antrag Nr. S 5**

2  
3  
4 **Antragsteller: Juso Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Arbeitsversicherung einführen – Von der Arbeitslo-**  
8 **senversicherung zur Arbeitsversicherung**

9  
10 Die Weiterbildung ist ein Schlüsselthema sowohl der Arbeits-  
11 markt- als auch der Innovationspolitik. In ihr kristallisiert sich der  
12 sozialdemokratische Anspruch, wirtschaftliche Stärke der Volks-  
13 wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit für den Einzelnen zu verbind-  
14 den. Dies gilt zunehmend vor dem Hintergrund des globalen  
15 Wettbewerbs und der demografischen Entwicklung. Wenn wir im  
16 globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fach-  
17 kräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Wir brauchen die Krea-  
18 tivität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer  
19 Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein  
20 wertvolles Potential darstellen. Dazu müssen wir eine "Weiterbil-  
21 dungskultur" entwickeln, die alle Qualifikationsniveaus umfasst  
22 und die die Verantwortung für die Sicherung der Beschäftigungs-  
23 fähigkeit über den Zyklus des Erwerbslebens nicht alleine dem In-  
24 dividuum überlässt. Es geht dabei um einen gesamtgesellschaftli-  
25 chen Auftrag. Daher müssen öffentliche Förderung, betriebliche  
26 Weiterbildung und Eigenverantwortung Hand in Hand gehen. Da-  
27 bei sind eine bessere Verzahnung von Weiterbildungsangeboten  
28 an den Schnittstellen Schule und Betrieb sowie öffentliche Hand,  
29 Arbeitsagentur und Betrieb zentral. In der beitragsfinanzierten Ri-  
30 sikoversicherung ist eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik noch  
31 weitgehend Neuland. Wenn wir aber unsere Wirtschaft zukunfts-  
32 fest machen und Arbeitslosigkeit verhindern wollen ist ein Um-  
33 steuern notwendig. Wir wollen ein selbst bestimmtes Leben. Dazu  
34 gehört auch, möglichst viel Selbstbestimmung im Arbeitsverhält-  
35 nis durchzusetzen und die Möglichkeit der Lebensphasen entspre-  
36 chende Gestaltung des Arbeitsverhältnisses vergrößern, bei  
37 gleichzeitiger hoher sozialer Absicherung. Deshalb setzen wir uns  
38 dafür ein, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung  
39 umzuwandeln.

40  
41 Was heißt das konkret?

42  
43 Die Arbeitsversicherung soll ein neues Element sein, welches Fle-  
44 xibilität ermöglicht, Verlässlichkeit und Sicherheit schafft. Dabei  
45 besteht die Aufgabe der Arbeitsversicherung nicht nur aus der Ab-  
46 sicherung der ökonomischen Existenzgrundlage sowie einer Hilfe-

**Antragskommission:**

**Weiterleitung an  
Bezirksvorstand mit  
der Behandlung auf  
einem kleinen Partei-  
tag.**

47 stellung bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt im Falle von Ar-  
48beitslosigkeit, sondern soll vor allem auch Chancen über die Brü-  
49che im Erwerbsleben hinweg eröffnen.

50  
51 Brüche im Erwerbsleben sind heute mehr als nur Zeiten der Ar-  
52beitslosigkeit. Auch Familienphasen, Weiterbildungszeiten, Leer-  
53phasen zwischen einem Arbeitsplatzwechsel und der Übergang  
54vom Bildungssystem in die Beschäftigung sind häufige Gründe für  
55eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

56  
57 Insbesondere diese Übergänge werden durch das geltende soziale  
58Sicherungsmodell nicht in ausreichendem Maße aufgefangen. Die  
59Absicherung dieser Übergänge ist die Grundidee der Arbeitsversi-  
60cherung. Gleichzeitig soll mit der Arbeitsversicherung nicht nur  
61Arbeitslosigkeit finanziell abgesichert werden, sondern Arbeit ge-  
62fördert werden. Dies geschieht durch eine neue Organisation der  
63Weiterbildung und der Absicherung von Auszeiten im Erwerbsle-  
64ben im Rahmen von Reproduktions- oder Bildungsphasen.

65  
66 Folgende Grundsätze sollen für das Modell der Arbeitsversiche-  
67rung gelten:

68  
69 1. Ein Rechtsanspruch auf lebenslange Weiterbildung und  
70 Qualifizierung

71 Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung muss gesetzlich verankert  
72 werden.

73 Weiterbildung spielt in der heutigen Zeit eine herausragende  
74 Rolle. Erwerbsbiografien sind vielfältiger geworden, viele  
75 Beschäftigte müssen inzwischen häufigere Wechsel des  
76 Arbeitgebers in Kauf nehmen. Diese sind natürlich mit dem Risiko  
77 des Auf- oder Abstiegs verbunden. Aber auch innerbetrieblich sind  
78 Flexibilisierungen an der Tagesordnung. In beiden Fällen sind  
79 Weiterqualifizierungen notwendig. Deshalb können auch  
80 Erwerbstätige, die nicht akut durch Arbeitslosigkeit bedroht sind,  
81 die Leistungen der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen.

82  
83 Die Weiterbildungsbeteiligung ist aktuell sehr unterschiedlich und  
84 entscheidet sich weitgehend auf der individuellen Ebene. So bilden  
85 sich Männer häufiger weiter als Frauen, Höherqualifizierte häufi-  
86ger als Geringqualifizierte, Jüngere häufiger als Ältere, Besserver-  
87dienende häufiger als Menschen mit niedrigem Einkommen. Eine  
88 solidarische Arbeitsversicherung ist mit ihren Leistungen ein An-  
89satz, die Weiterbildungsbeteiligung gleichmäßiger zu verteilen  
90 und heute benachteiligten Beschäftigtengruppen einen leichteren  
91 Zugang zur Weiterbildung zu eröffnen. Die Arbeitsversicherung  
92 schafft ein sozialstaatliches Dach für die Organisation und Finan-  
93zierung von unterschiedlich motivierten individuellen Weiterbil-  
94dungsbedürfnissen. Sie ist damit ein flexibel einsetzbares Mittel  
95 für die Beschäftigten, ihre Erwerbsbiografie selbstbestimmt aus-  
96zugestalten. Die Arbeitsversicherung stellt einen entscheidenden

97 Beitrag zur selbstbestimmten Souveränität am Arbeitsmarkt und  
98 die Förderung von Weiterbildungsphasen dar.

99

100 Berufliche, außerberufliche und öffentliche Maßnahmen müssen  
101 miteinander verzahnt sein. In diesem Rahmen ist zu berücksichti-  
102 gen, dass sich die Ansprüche der Menschen im Laufe eines Lebens  
103 ändern. Am Anfang steht die Einstiegsphase, dem folgt oftmals ei-  
104 ne Phase der Kinder- und Familienplanung, dann steht oftmals  
105 wieder eine stärker auf Erwerbsarbeit bezogene Episode. Darauf  
106 muss die Arbeitsversicherung eingehen. Wir wollen keine Arbeits-  
107 versicherung, die einzig darauf angelegt ist, die Beschäftigungsfä-  
108 higkeit der einzelnen Menschen herzustellen. Wir wollen eine Ar-  
109beitsversicherung, welche die verschiedenen Bedürfnisse der Men-  
110 schen absichert und Wahlmöglichkeiten schafft.

111

112

### 113 2. Finanzierung der Arbeitsversicherung

114 Die Finanzierung der Arbeitsversicherung muss durch die Zusammen-  
115 führung der Finanzierung aktueller Maßnahmen d.h. Arbeits-  
116 losenversicherung, Elterngeld etc. erfolgen. Dabei ist darauf zu  
117 achten, dass die Unternehmen an der Finanzierung entsprechend  
118 beteiligt werden und dadurch motiviert werden, ihre Arbeitneh-  
119 mer weiterzubilden. Der größte Teil der Förderinstrumente im  
120 Rahmen der Arbeitsversicherung wird wie heute von der Bundes-  
121 agentur beglichen. Ein erhöhter Steuerzuschuss durch den Bun-  
122 deshaushalt zur Ausweitung der Finanzierung von Übergängen im  
123 Erwerbsleben ist vor dem Hintergrund der Steuergerechtigkeit zu  
124 prüfen.

125

### 126 3. Gleichstellung der Geschlechter

127 Die jetzige Situation wird weder den Ansprüchen junger  
128 Berufstätiger gerecht, noch ist sie aus Sicht einer fortschrittlichen  
129 Arbeitsmarktpolitik länger hinnehmbar. Neben einer umfassenden  
130 Reform einer geschlechtergerechten Arbeitszeitpolitik und einer  
131 geschlechtergerechten sozialen Absicherung durch den Sozialstaat  
132 gilt es auch die Betreuungssituation für Kinder weiter auszubauen.  
133 Dem Modell der Arbeitsversicherung kommt hierbei die Aufgabe  
134 zu, Einkommensverluste im Falle von Erziehungszeiten  
135 aufzufangen, Möglichkeiten der Qualifizierung und somit den  
136 Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu garantieren und eine  
137 eigenständige soziale Absicherung zu ermöglichen. Im Rahmen der  
138 Arbeitsversicherung soll es die Möglichkeit der Anrechnung von  
139 Erziehungszeiten geben. Zwar gibt es jetzt das Elterngeld, das eine  
140 Lohnersatzleistung darstellt, es sollte aber zu gleichen Teilen  
141 zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden und unter dem  
142 Dach der Arbeitsversicherung zusammengefasst werden.

143

### 144 4. Arbeitszeitverkürzung mit Weiterbildung kombinieren

145 Eine Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit dem Anrecht auf  
146 Fort- und Weiterbildung und eine intelligente Verbindung mit  
147 Ansprüchen von ArbeitnehmerInnen und wirtschaftlichen

148 Realitäten wäre ein Baustein hin auf dem Weg in Richtung  
149 Vollbeschäftigung. Die paritätisch finanzierte Arbeitsversicherung  
150 ist eine wesentliche Voraussetzung für eine solidarisch finanzierte  
151 Arbeitszeitverkürzung und individuelle Weiterbildung  
152 . Dies erfordert eine neue Form der Wochen-, Jahres-, und  
153 Lebensarbeitszeitverkürzung in Verbindung mit Kombinationen  
154 aus gesetzlichen Maßnahmen und Vereinbarungen zwischen  
155 ArbeitnehmerInnen-Vertreter und Arbeitgeber-Vertreter. Eine  
156 direkte Integration von Weiterbildungszeit im  
157 Arbeitszeitverkürzungsmodell ist denkbar, um Arbeitszeitgewinne  
158 auch im Sinne von Weiterqualifizierung zu nutzen.  
159

#### 160 5. Erwerbstätigenversicherung – Alle zahlen ein

161 Die Arbeitsversicherung bezieht auch BeamtInnen und  
162 Selbstständige mit ein, sie sichert alle Erwerbstätige ab. Die  
163 Arbeitsversicherung hätte den Effekt, dass die Sozialsysteme  
164 solidarisch finanziert werden und ebenso arbeitsmarktpolitische  
165 Leistung sowie eine soziale Absicherung der Selbstständigen  
166 miteinbezogen werden können. Somit wäre die  
167 Arbeitsversicherung in der weiteren Ausgestaltung als eine  
168 Erwerbstätigenversicherung zu verstehen. Sie bietet somit allen  
169 Erwerbstätigen den Schutz vor sozialen Risiken oder das  
170 Umschiffen von Gesetzen seitens der Auftraggeber. Aber nicht aus  
171 dem Grund der solidarischen Finanzierung macht es Sinn die  
172 Arbeitsversicherung für aller Erwerbstätigen zu öffnen. Gerade vor  
173 dem Hintergrund, dass im Laufe der Erwerbsbiografie auch  
174 Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung  
175 in Kauf genommen werden müssen,  
176 passt sich ein solches Prinzip der eigenen Lebensbiografie an.  
177

#### 178 6. Zweiteilung zwischen ALG I und ALG II überwinden

179 Außerdem hat eine Zweiteilung der LeistungsempfängerInnen  
180 stattgefunden. Durch das ALG II und auch durch die Zunahme  
181 atypischer Beschäftigung schrumpft der Anteil an Berechtigten für  
182 das sozialversicherungsrechtliche ALG I und der Anteil derjenigen,  
183 die auf die bedürftigkeitsgeprüfte Fürsorgeleistung des ALG II  
184 angewiesen sind. Wir wollen, dass alle Personen in die  
185 Arbeitsversicherung mit aufgenommen werden. Die Dualisierung  
186 könnte damit aufgehoben werden.  
187

#### 188 7. Einbezug der beruflichen Erstausbildung

189 Nichts beeinflusst die Erwerbsbiografie so stark, wie die berufliche  
190 Erstausbildung. Junge Erwachsene ohne eine solche Ausbildung  
191 haben es schwer jemals eine Beschäftigung im ersten  
192 Arbeitsmarkt zu finden. Aus diesem Grund gehört die berufliche  
193 Erstausbildung mit in das Modell der Arbeitsversicherung. Dabei  
194 ist zu gewährleisten, dass jeder junge Erwachsene eine  
195 qualifizierende berufliche Erstausbildung erhält. Dies kann z.B.  
196 durch die Realisierung der Umlagefinanzierung umgesetzt  
197 werden.

1 **Antrag Nr. S 6**

2  
3  
4 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Anerkennung tariflicher Löhne in der Pflege**

8  
9 Die SPD Weser-Ems fordert die Bundesregierung auf, im Pflege-  
10 weiterentwicklungsgesetz zu verankern, dass nicht die „ortsübli-  
11 che“, sondern die tarifgebundene Zahlung bei der Findung der  
12 Pflegeentgelte berücksichtigt wird.

13  
14 Dringend fordert sie darüber hinaus die Landesregierung auf, die  
15 Pflegesätze in Niedersachsen deutlich zu erhöhen, eine Differen-  
16 zierung zwischen tarifgebundenen und nicht-tarifgebundenen  
17 Anbietern zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass dem wichti-  
18 gen und unerlässlichen Berufszweig Altenpflege endlich die ihm  
19 angemessene gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung er-  
20 fährt.

21  
22  
23 **Begründung:**

24  
25 Der vor Kurzem erfolgte Verkauf von fünf defizitären Pflegeein-  
26 richtungen der Caritas Hannover an einen ostdeutschen Anbieter  
27 (Westarbeit zum Osttarif) macht deutlich, wie sich die Situation in  
28 der Altenhilfe für die tariflich zahlenden Träger der Freien Wohl-  
29 fahrtspflege zugespitzt hat. Die Pflegesätze in Niedersachsen sind  
30 viel zu niedrig, um die Refinanzierung von Tariflöhnen gewährleis-  
31 ten zu können.

32  
33 Niedersachsen hat die niedrigsten Pflegesätze in Westdeutsch-  
34 land, die außerdem seit zwölf Jahren nicht mehr erhöht wurden.  
35 Die Pflegekassen orientieren sich dabei an den Durchschnittskosten  
36 der Pflegeeinrichtungen. Da Niedersachsen mit 59% einen un-  
37 gewöhnlich hohen Anteil privat-gewerblicher, in der Regel nicht  
38 tarifgebundener Anbieter aufweist, die ihre Beschäftigten fast  
39 durchgängig und im Besonderen in den unteren Lohn- und Ge-  
40 haltsgruppen (Pflegehilfskräfte, Wirtschaftsdienste) deutlich nied-  
41 riger bezahlen, können die Privaten aus den Pflegesätzen Gewinn  
42 schlagen, während tarifgebundenen Trägern das Wasser bis zum  
43 Hals steht.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Bundestags- und  
Landtagsfraktion**



45 Das Sozialministerium zieht sich immer wieder aus der Affäre und  
46 nimmt damit wissentlich den Ausverkauf der tarifgebundenen,  
47 frei-gemeinnützigen Träger in Kauf.

## Antrag Nr. S 7

Antragsteller: Bezirksvorstand

### Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Die Landesregierung wird aufgefordert, in ihren zum 31. Dezember 2009 vorzulegenden Bericht (Entschließung des Landtages vom 24. März 2009) über Vorstellungen und Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen ambulanten ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Darstellung der Versorgungssituation in den Kreisen und kreisfreien Städten,
- Darstellung der in den gegenwärtigen Bedarfsplanungsrichtlinien enthaltenen Hemmnisse für eine bedarfsgerechte Versorgung,
- Darstellung der Berücksichtigung der Erfordernisse der ambulanten medizinischen Versorgung im Rahmen der Raumordnung und Landesentwicklung.

Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen und auf Grundlage des im Juni 2008 vorgelegten Berichts der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) ist ein gemeinsames Handlungskonzept von Sozialministerium, KVN und kommunalen Spitzenverbänden zu erarbeiten und umzusetzen.

Dieses gemeinsame Konzept soll unter anderem folgende Maßnahmen umfassen:

- Möglichkeiten für eine stärker an den Bedürfnissen der Primärversorgung ausgerichteten Ausbildung in der Medizin, z. B.
  - Reform der Vergabe von Medizinstudienplätzen (Bevorzugung derjenigen, die sich zur hausärztlichen Zulassung verpflichten),
  - Förderung der Allgemein-/Hausarztmedizin durch einen Ausbau der entsprechenden Lehrstühle an den Medizinischen Hochschulen (MH),
  - Etablierung von Anreizsystemen an den MH durch Stipendienfonds,

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Landtagsfraktion und SGK.

Die SGK wird gebeten regionale Hilfestellung zu leisten.

- 45 - Steigerung der Weiterbildungsstellen für Hausärztinnen/-  
46 ärzte in allen niedersächsischen Krankenhäusern.
- 47 • Aufbau spezieller Existenzgründer/innenprogramme
  - 48 • Optimierung der Arbeitsbedingungen der niedergelassenen
  - 49 Ärztinnen und Ärzte innerhalb der hausärztlichen Versor-
  - 50 gung, z. B. durch einen Neuzuschnitt der Aufgabenverteilung
  - 51 zwischen Ärzteschaft und Gesundheitsberufen und eine Neu-
  - 52 organisation des ärztlichen Notdienstes.

53

## 54 Begründung

55

56 Die Bedarfsplanungsrichtlinien zur vertragsärztlichen Versor-  
57 gung sind eine wesentliche Grundlage für die Zulassung von Ärz-  
58 tinnen und Ärzten sowie zur Feststellung von Über- und Unter-  
59 versorgungslagen in den jeweiligen Planungsregionen. Bisher ist  
60 allein die Einwohnerzahl ausschlaggebend dafür, wie viele Ärzte  
61 eines Fachbereichs sich in einer Planungsregion niederlassen  
62 können.

63

64 Die Planungsregionen sind meist an Verwaltungsstrukturen grö-  
65 ßeren Ausmaßes orientiert. Demografische und sozialökonomi-  
66 sche Aspekte spielen keine Rolle. Damit wird eine bedarfsorien-  
67 tierte Versorgung erheblich erschwert. Die Zuständigkeit für die  
68 Richtlinien liegt auf Bundesebene beim gemeinsamen Bundes-  
69 ausschuss der Ärzte und Krankenkassen.

70

71 Mit der umfassenden Berichterstattung soll zum einen die Lage  
72 in Niedersachsen konkret und differenziert dargestellt werden  
73 und eine Diskussion über notwendige und mögliche Maßnahmen  
74 zur Abwendung von Versorgungsnotständen insbesondere in den  
75 dünn besiedelten ländlichen Regionen qualifizierter geführt wer-  
76 den können.

77

78 Um die Primärversorgung auch für die Zukunft sicherzustellen,  
79 bedarf es der Einführung weitreichender Maßnahmen zur Opti-  
80 mierung und Arbeitsentlastung innerhalb der Primärversorgung.  
81 Ein optimaler Einsatz personeller Ressourcen und ein Neuzu-  
82 schnitt der Aufgabenverteilung zwischen Ärzteschaft und  
83 Gesundheitsberufen sind wichtige Voraussetzungen, um den  
84 veränderten Anforderungen gerecht zu werden und die Potenzia-  
85 le aller in der gesundheitlichen Versorgung Tätigen für eine effi-  
86 ziente Gesundheitsversorgung zu nutzen. Diese veränderte Ver-  
87 sorgungsrealität erfordert auch eine stärker an den Bedürfnissen  
88 der Primärversorgung ausgerichtete Ausbildung in der Medizin.

1 **Antrag Nr. S 8**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Delmenhorst**

5  
6  
7 **Krankenversicherungsbeiträge nach Einführung des**  
8 **Gesundheitsfonds – Kompensation für Bezieher von**  
9 **Alterseinkünften**

- 10  
11 1. Erneute Versuche zu unternehmen, um Beiträge der Versi-  
12 cherten der privaten Krankenversicherung in gleicher Weise  
13 wie Beiträge der gesetzlich Versicherten in den Gesundheits-  
14 fond zu lenken.  
15  
16 2. Wenn es aus politischen Gründen „Kompensationen“ für die  
17 Beitragserhöhung für die Arbeitnehmer geben soll, so sind  
18 diese Kompensationen – z.B. durch die Aufhebung des  
19 „Riesterfaktors“ allein in der Rentenberechnung (die Versor-  
20 gungsbezieher sind von dem „Riesterfaktor“ ausgenommen  
21 geblieben, trotz anderer Zusagen) –auch für die Bezieher ins-  
22 besondere von kleineren Alterseinkünften ab 2009  
23 sicherzustellen.  
24  
25

26 **Begründung:**

27  
28 Die Beiträge zur Krankenversicherung werden für eine Vielzahl  
29 der Versicherten ab 2009 dramatisch steigen, nach Einführung  
30 des gemeinsamen Beitrages für alle gesetzlich Versicherten.  
31

32 Diese Folge war vorauszusehen, nachdem die Privatversicherten  
33 weiterhin nicht mit einzahlen in den Gesundheitsfonds und wei-  
34 ter außerhalb der Solidargemeinschaft der Versicherten gehalten  
35 werden.  
36

37 Ein Teil der Beitragserhöhung für die Krankenversicherung ist da-  
38 rauf zurückzuführen, dass erst der Fond gesetzlich beschlossen  
39 wurde und danach definiert wurde, welche Kosten in welcher  
40 Höhe aus dem Fond bezahlt werden. Die Politiker im Bundestag  
41 haben es versäumt, sich rechtzeitig über die Auswirkungen ihrer  
42 Gesetzgebung zu informieren.  
43

44 Die jetzigen – unseriösen – politischen Versuche der Kompensa-  
45 tion des Einkommensverlustes für viele Versicherte durch eine

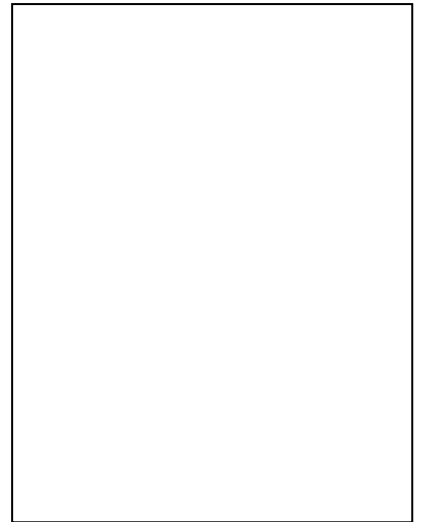
**Antragskommission:**

**Annahme mit redak-  
tioneller Änderung**

**Weiterleitung an  
Bundestagsfraktion**

Es müssen erneute Versu-  
che unternommen werden,  
um.....

46 höhere, riskante und die Arbeitsagenturen in ihrer mittelfristigen  
47 Aufgabenerfüllung gefährdende Absenkung der Beiträge zur Ar-  
48beitslosenversicherung zu sehen, wird seitens der SPD als struk-  
49turelle Gefährdung der Aufgabenerfüllung der Agenturen kriti-  
50siert, zumal die angebliche Kompensation für die besonders be-  
51troffenen Bezieher geringer Alterseinkünfte nicht wirkt.  
52 Wenn es zu der fragwürdigen Kompensation für Arbeitnehmer  
53 aus politischen Gründen kurz vor einer Bundestagswahl kommen  
54 soll, dann ist auch eine politische Kompensation für die Bezieher  
55 geringer Renten erforderlich. Deren Alterseinkünfte werden  
56 durch die Beitragserhöhung zur Krankenversicherung (allein zu  
57 tragende und zu erwartende „Zusatzbeiträge“ einzelner Kassen  
58 oberhalb des gemeinsamen Beitragssatzes bleiben hier vorerst  
59 unbeachtet) erneut eingekürzt – und dies in Zeiten steigender  
60 Preise für Lebensmittel und Energie.



# Antrag Nr. S 9

Antragsteller: UB Osnabrück-Land

Für eine gute Integrationspolitik

## A.) Einführung

1. Wir erkennen an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Mehr als 15 Millionen Menschen sind in Deutschland Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund. Etwa ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt 20 Jahre und länger in Deutschland, ein Fünftel sogar länger als 30 Jahre. Über 70 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund unter 18 Jahren wurden in Deutschland geboren. Viele dieser Menschen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, die meisten leben seit vielen Jahren oder seit Generationen in diesem Land.

2. Auch müssen wir feststellen, dass sich die Integrationsbemühungen seitens der Politik zurückhalten. Ein wirkliches Konzept der Integration liegt nicht vor. Viele Migrantinnen und Migranten sind in ihrem Alltag vielseitigen Diskriminierungen ausgesetzt. Gleichzeitig steigt gerade bei jungen Migrantinnen und Migranten der Unmut. Grund hierfür ist die Perspektivlosigkeit und die zunehmende populistisch, politische Auseinandersetzung.

3. Wer Integrationspolitik ernst nimmt, verwendet dieses Thema nicht, um Ängste zu schüren oder Wahlkämpfe zu führen. Eine solche Beschäftigung mit diesem immens wichtigen Politikfeld ist un-seriös und bringt keine Seite weiter. Integrationspolitik lebt nicht von kurzfristigen Bekundungen, sondern von einer langfristigen, konzeptionellen und andauernden Integrationspolitik.

## B.) Perspektivlosigkeit

4. - 31,8 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen die Hauptschule, gegenüber 16,6 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund. 24,6 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen ein Gymnasium, gegenüber 33,2 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund.

5. Der Anteil derjenigen 25- bis 35-jährigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen, beträgt bei Perso-

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Landtagsfraktion

47 nen mit Migrationshintergrund 41 Prozent, bei Personen oh-  
48 ne Migrationshintergrund 15 Prozent. Insgesamt verfügt  
49 mehr als jeder zweite Ausländer in Deutschland über keinen  
50 beruflichen Bildungsabschluss.

51  
52 6. Der Anteil bei den Auszubildenden ist seit über zehn Jah-  
53 ren rückläufig und von 9,8 Prozent im Jahr 1994 auf 4,4 Pro-  
54 zent im Jahr 2005 gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug im  
55 Juni 2007 insgesamt 8,8 Prozent, die der Ausländer 23,4 Pro-  
56 zent.

57  
58 7. Hinter solchen Zahlen liegt die Begründete Perspektivlo-  
59 sigkeit junger Migrantinnen und Migranten.

60  
61 C.) Rolle der SPD

62 8. Lange wurde die SPD als die traditionelle Partei angesehen,  
63 welche die Migrantinnen und Migranten in der Bundesre-  
64 publik repräsentierte. Gründe hierfür waren zum einen die  
65 starke gewerkschaftliche Organisation von Migrantinnen  
66 und Migranten und die aus ihren Herkunftsländern resultie-  
67 rende sozialdemokratische Prägung. Gleichzeitig waren im-  
68 mer vor Ort Sozialdemokraten, die sich um die Belange der  
69 Gastarbeiter gekümmert hatten.

70  
71 9. Die SPD nimmt nun aber zunehmend an Zuspruch in dieser  
72 Bevölkerungsgruppe ab. Der Grund liegt auf der Hand, denn  
73 auch die SPD hat es verpasst ein Konzept Integration zu ent-  
74 wickeln, welches den Ansprüchen von Migrantinnen und  
75 Migranten gerecht wird.

76  
77 10. Die SPD muss also ihrer Rolle wieder gerecht werden. Sie  
78 muss sich auch strategisch wieder um dieses Klientel küm-  
79 mern. Ziel muss dabei sein, dass ein Konzept entwickelt wird,  
80 wie Integration in Deutschland erfolgreich gelingen kann.

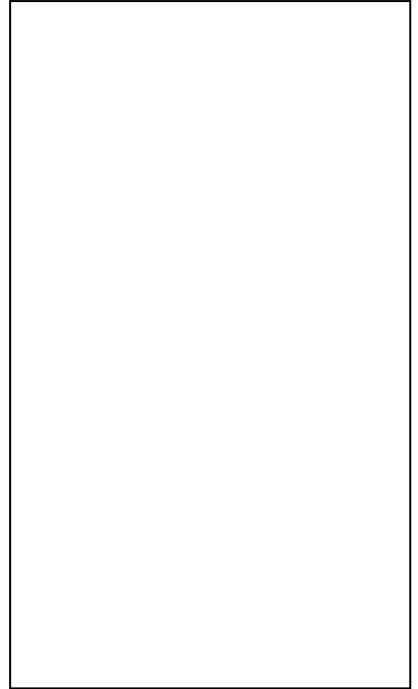
81  
82 D ) Ziele

83 11. Ein solches Konzept kann nicht einfach über Migrantinnen  
84 und Migranten hinweg entwickelt und entschieden werden.  
85 Nur ein gemeinsam entwickeltes Konzept, kann letztlich von  
86 Migrantinnen und Migranten getragen werden. Auch dies  
87 wäre ein erster Schritt zu einer besseren Integrationspolitik.

88  
89 12. Wir müssen uns dabei durch Bündnisarbeit als zentraler  
90 politischer Ansprechpartner im Umfeld der Migrationsorga-  
91 nisationen etablieren. Dadurch könnten wir auch gleichzeitig  
92 mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund für den  
93 Verband gewinnen.

94  
95 E ) Konzept Integration

- 96 13. Ein solch gutes Integrationskonzept umfasst folglich alle  
97 Fassetten des Migrantenlebens. Grundlage einer solchen In-  
98 tegration bildet Chancengleichheit.  
99
- 100 14. Um diese zu erreichen muss der gesamte Bildungsbereich  
101 mit einbezogen werden. Frühkindliche Bildung, Angebote an  
102 Integrations- und Sprachkurse gehören dabei nur beispiele-  
103 wise hinzu-gezogen. Ein solches Konzept muss die Potentia-  
104 le und Ressourcen von Migrantinnen erkennen und fördern.  
105 Für uns ist dabei von besonderer Bedeutung, dass Jugendli-  
106 chen mit Migrationshintergrund die Zugangschancen zum  
107 Arbeitsmarkt verbessert werden.
- 108 15. Bürgerschaftliches Engagement kann ein weiterer Schlüs-  
109 sel zur Integration sein. Sport, kommunale Netzwerke und  
110 kulturelle Vielfalt durch kulturelle Teilhabe sind dabei nur  
111 Teilaspekte.
- 112 16. Wir wollen eine wirkliche, konzeptionelle Integrationspo-  
113 litik. Eine solche Politik braucht Ziele, Zeit und starke Partner.  
114 Wir wollen einen solchen Partner bilden.





# SPD-Bezirksparteitag 2009

**E**

**Energiepolitik**



# Antrag Nr. E 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Energiepolitik mit Zukunft – Weiterer Ausbau der Offshore Windenergie

Energiepolitik muss vorausschauend sein. Sie entscheidet über die Entwicklung einer Volkswirtschaft. Moderne Energiepolitik bedeutet: Versorgung sichern, Innovationen ermöglichen, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz zusammenbringen. Der Atomausstieg bleibt. Eine Verlängerung der Laufzeiten ist ausgeschlossen. Wer an dieser Energieform festhält, handelt verantwortungslos. Die Förderung der Erneuerbaren Energien muss konsequent weitergeführt werden. Sie bietet große Chancen für Beschäftigung, wirtschaftliches Wachstum und den Klimaschutz. Zudem kann die Energieversorgung so auch stärker dezentralisiert werden.

Der Offshore-Ausbau kommt voran. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um die ehrgeizigen Klimaschutzziele zu erreichen. Es ist entscheidend, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten in den Ausbau der Erneuerbaren Energien investiert wird. Dies schafft Arbeitsplätze - "green jobs". Die Offshore-Windenergie birgt damit auch eine große Chance für die nordeuropäischen Küstenregionen und kann zu einem festen Standbein für die regionale Wirtschaft werden. Mit dem Einstieg in die neue Technologie können Arbeitsplätze in Firmen entlang der Wertschöpfungskette mit einem positiven Image für die Küstenländer geschaffen werden. In der Tourismusbranche gibt es jedoch offene Fragen, wie sich die Windparks auf dem Meer auf die Urlauberzahlen auswirken könnten. Dies muss bei den anstehenden Planungen und Realisierungen mit beachtet werden.

Damit der Windenergie-Strom optimal genutzt werden kann, ist die Netzintegration, aber auch die Netzanbindung der Offshore-Windparks ein zentrales Anliegen. Vor allem müssen die Netze ausgebaut werden, damit der Windenergie-Strom von der Küste in die Verbrauchszentren im Süden und Westen Deutschlands gelangt. Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeitete Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze - Kernstück: Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) – soll diese Aufgabe erfüllen. Der Einsatz von Erdkabeln auf der Höchstspannungsebene im Übertragungsnetz ist leider nur in wenigen Pilotvorhaben umgesetzt. Für eine hohe Akzeptanz und Beschleunigung der notwendigen Planfeststellungsverfahren ist eine Ausweitung notwendig.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Bundestags- und Landtagsfraktion

47 Für die Überbrückung größerer Entfernungen werden auch Gleich-  
48 strom-Hochspannungsleitungen verwendet. So wird zur Zeit eine  
49 Verbindung zwischen Norwegen und Deutschland geplant. Die  
50 Kabeltrasse soll von der niedersächsischen Küste an die norwegi-  
51 sche Südspitze verlaufen. Bei starkem Wind könnte überschüssiger  
52 deutscher Windstrom in norwegische Wasserkraftspeicher geleitet  
53 werden. Norwegen ist bei der Stromversorgung fast ausschließlich  
54 auf Wasserkraft angewiesen und bekommt so eine zusätzliche  
55 klimafreundliche Energiequelle.

56 Windkraftplaner und Anlagenhersteller haben mit dem EEG eine  
57 solide Planungs- und Kalkulationsgrundlage, die die Finanzierung  
58 und Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen sicherstellt. Das daraus resul-  
59 tierende Wachstum und die Erfahrungen mit der Windtechnologie  
60 haben weitere technische Entwicklungen möglich gemacht und  
61 letztendlich zu einer "Wirtschaftlichkeit durch Serienherstellung"  
62 geführt. Kostenreduzierung, technische Innovationen und Syner-  
63 gien haben die Wirtschaftlichkeit weiter erhöht. Für Windenergie-  
64 anlagen im Meer, d.h. für solche Anlagen, die mindestens drei  
65 Seemeilen seewärts der Küstenlinie errichtet werden, sieht das  
66 neue EEG spezielle Vergütungssätze vor. Für die Anfangsjahre  
67 werden erhöhte Vergütungssätze vorgesehen, um eine möglichst  
68 frühe Errichtung von Windenergieanlagen zu fördern. Auch inves-  
69 tionserhöhende Faktoren wie die Entfernung der Windenergiean-  
70 lagen zur Küste oder die Wassertiefe fließen in die Höhe der Ver-  
71 gütungssätze ein.

72

73 **Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Weser-Ems konkret:**

74

75 1. Festhalten am Ausstieg aus der Kernenergie, keine Verlän-  
76 gerung der Laufzeiten.

77

78 2. Steigerung des Anteils der regenerativen Energiequellen an  
79 der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 30 %. (Im Jahr  
80 2007 lag der Anteil aus Erneuerbaren Energien bereits bei  
81 13,7 % davon entfallen 7 % auf die Windenergie).

82

83 3. Ersetzen veralteter Windenergieanlagen an Land durch effi-  
84 zientere Technik (Repowering), um eine bessere Nutzung  
85 bestehender Windkraftstandorte zu erreichen.

86

87 4. Weiterer Ausbau der Offshore-Windenergie und Entwick-  
88 lung eines entsprechenden Kompetenz-Clusters an der  
89 Niedersächsischen Küste.

90

91 5. Erweiterung des Energieleitungsausbaugesetzes um die  
92 verstärkte Anwendung der Erdverkabelung für den Ausbau  
93 der Höchstspannungsnetze.

94

95 6. Berücksichtigung der Interessen des Tourismus bei dem Bau  
96 von Windenergieanlagen und der Netzinfrastruktur.

1 **Antrag Nr. E 2**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Leer**

5  
6

7 **Klimawandel: mehr regenerative Energien fördern**  
8 **und am Atomausstieg festhalten**

9

10 Seit den 60ern wird Strom durch Atomkraftwerke herge-  
11 stellt. Seit diesen Jahren wird nach einer Endlösung für den  
12 Atommüll gesucht. Doch werden wir und zukünftige Genera-  
13 tionen, mit den Abfällen der Atomkraftwerke und Wieder-  
14 aufbereitungsanlagen Probleme haben. Doch statt aufzuhö-  
15 ren wird noch mehr radioaktiver Müll hergestellt und ab-  
16 transportiert an Orte, wo es scheint, dass diese sicher sind,  
17 obwohl dieses nicht der Fall ist, wie man in Asse sehen kann.  
18 Im vergangenen Jahr hörte man immer wieder, dass in den  
19 Atomkraftwerken Turbinen ausgefallen sind. Dies kann im-  
20 mer häufiger passieren und ein Vorfall wie in den 80-ern in  
21 Tschernobyl wieder hervorrufen, welches eine große Kata-  
22 strophe wird. Die regenerativen Ideen und Möglichkeiten  
23 können die Atomenergie verdrängen und atomare Katastro-  
24 phen verhindern. Dazu müssen wir die regenerativen Ener-  
25 gien fördern und auch nutzen. Wie zum Beispiel die Off-  
26 shore Parks in Emden und auch vor Dänemark sind schon ein  
27 Anfang um die Regenerativen Energien zu nutzen und davon  
28 brauchen wir hier in Deutschland und auch in der ganzen  
29 Welt mehr. Da die regenerativen Energien die Zukunft sind,  
30 um Katastrophen von Atomkraftwerken zu vermeiden, aber  
31 gleichzeitig schont es auch unser Klima, da der CO2 Ausstoß  
32 verringert werden kann.

**Antragskommission:**

**Erledigt durch E 1**

1 **Antrag Nr. E 3**

2  
3  
4 **Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Verursacherprinzip bei Kosten der Entsorgung des**  
8 **Atommülls**

9  
10 **Begründung**

11  
12 Vor vielen Jahrzehnten einigten sich Staat und Energiekonzerne  
13 darauf, dass der Staat die Verantwortung für die Entsorgung des  
14 Atommülls übernehme. Begründet wurde diese Einigung mit der  
15 ewigen Existenz des Staates und der Gefahr der möglichen Auflö-  
16 sung der Energiekonzerne (beispielsweise durch Misswirtschaft).

17  
18 Dass diese Einigung aber nicht nur die Verantwortung beinhaltet,  
19 sondern auch die Übernahme sämtlicher anfallender Kosten,  
20 macht die Bundesregierung durch die Novelle des Atomgesetzes  
21 vom 22. Januar 2009 deutlich. In diesem speziellen Fall geht es um  
22 das Forschungsbergwerk Asse, indem die Endlagerung radioaktiver  
23 Stoffe geprobt wurde. Dieses Experiment ist bekanntlich fatal ge-  
24 scheitert. Die Entsorgung der Schäden im Bergwerk und der Folge-  
25 schäden an Mensch und Natur wird einen hohen finanziellen Auf-  
26 wand mit sich bringen.

27  
28 Während die Bundesregierung zu Recht die Schließung der Asse in  
29 der Novelle klarstellt, wird durch einen Antrag vorgeschlagen, in  
30 Nummer 3 nach §57b Absatz1 Satz 2, folgenden Satz einzufügen:  
31 „Die Kosten für den Weiterbetrieb und die Stilllegung trägt der  
32 Bund.“

33 Zurzeit muss davon ausgegangen werden, dass der Inhalt der Asse  
34 hauptsächlich aus radioaktivem Müll der Atomwirtschaft besteht.

35  
36 Die Jusos Weser Ems fordern die Behandlung dieses und aller wei-  
37 teren Fälle nach dem Verursacherprinzip. Während die Energie-  
38 konzerne mit den abgeschriebenen Atomkraftwerken Milliarden-  
39 umsätze generieren, sollen alle Kosten der Endlagerfrage auf den  
40 Staat und schließlich auf die Steuerzahler abgeschoben werden.  
41 Dieses muss sowohl im Fall Asse wie auch in der Zukunft verhin-  
42 dert werden.

**Antragskommission:**

**Annahme**

1 **Antrag Nr. E 4**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Osnabrück-Land**

5  
6  
7  
8  
9 **Ökologische Politik in öffentlichen Gebäuden**

10  
11  
12  
13 Nutzung von Ökostrom und Infrarot gesteuerten Wasser-

14 hähnen in öffentlichen Gebäuden -  
15  
16 Umweltschutz und die Erhaltung der Natur sind wichtige Zie-

17 le nachhaltiger Politik. Der voranschreitende Klimawandel  
18 hat die Bundesrepublik erreicht. Dies merken wir an Stürmen  
19 wie z.B. Kyrill im Frühjahr 2007.

20  
21 Wir fordern:

22 Die Bundesregierung hat zwar Gesetze zum Klimaschutz er-

23 lassen und ruft die Bevölkerung zum aktiven Klimaschutz  
24 auf, geht aber nicht mit gutem Beispiel voran.  
25  
26  
27 Alle öffentlichen Gebäude der Bundesrepublik Deutschland  
28 müssen mit Strom versorgt werden, der aus regenerativen  
29 Energien erzeugt wird. Denn es darf nicht sein, dass Bürge-

**Antragskommission:**

**Annahme mit Ände-**  
**rungen**

**Ökologische Maß-**  
**nahmen in öffentli-**  
**chen**

**Die ersten drei Absät-**  
**ze sind Begründung**

**Begründung wird An-**  
**trag**





# SPD-Bezirksparteitag 2009

**F**

**Finanzpolitik**



1 **Antrag Nr. F 1**

2  
3  
4 **Antragsteller: AsF-Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Eine sozialgerechte Individualbesteuerung von**  
8 **Frauen und Männern**

9  
10 Wir fordern den Bundesparteitag und den Parteivorstand auf, sich dafür  
11 einzusetzen, dass dringend ein Konzept einer sozial gerechten Individualbesteuerung von Frauen und Männern erarbeitet wird, um eine Alternative zum steuerlichen Ehegattensplitting zu schaffen. Das im Regierungsprogramm festgeschriebene Faktorverfahren löst nicht die grundlegenden Probleme, die dem Splitting anhaften:

- 12  
13  
14  
15  
16  
17 1. Das Splitting ist eine Form einer längst überholten Haushaltsbesteuerung verheirateter Paare und entspricht immer weniger der Vielfalt heutiger Lebensformen  
18  
19  
20 2. das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes verlangt auch die steuerliche Gleichbehandlung  
21  
22 3. gutverdienende Ehemänner mit nicht erwerbstätiger oder weniger verdienenden Ehefrauen sind die Nutznießer dieser Steuersubvention  
23  
24  
25 3. Kinder werden durch diese Besteuerungsform nicht begünstigt  
26  
27 4. die Aufspaltung der Steuerklassen in Klasse III und V für einen Teilzeit arbeitenden Partner, in der Regel die Ehefrau, diskriminiert die Berufstätigkeit von Frauen, hemmt den Wiedereintritt ins Erwerbsleben und hat einen ständig wachsenden Geringfügigkeitsarbeitsmarkt entstehen lassen;  
28  
29  
30  
31 5. Der Geringfügigkeitsmarkt grenzt Millionen von Frauen aus den sozialen Sicherungssystemen aus und belastet die Sozialkassen.  
32  
33  
34  
35  
36  
37

38 **Begründung:**

39  
40 Deutschland ist nahezu das letzte europäische Land, das noch keine Individualbesteuerung von Ehegatten eingeführt hat; ebenso kennt kein  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105  
106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231  
232  
233  
234  
235  
236  
237  
238  
239  
240  
241  
242  
243  
244  
245  
246  
247  
248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260  
261  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272  
273  
274  
275  
276  
277  
278  
279  
280  
281  
282  
283  
284  
285  
286  
287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296  
297  
298  
299  
300  
301  
302  
303  
304  
305  
306  
307  
308  
309  
310  
311  
312  
313  
314  
315  
316  
317  
318  
319  
320  
321  
322  
323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370  
371  
372  
373  
374  
375  
376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405  
406  
407  
408  
409  
410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418  
419  
420  
421  
422  
423  
424  
425  
426  
427  
428  
429  
430  
431  
432  
433  
434  
435  
436  
437  
438  
439  
440  
441  
442  
443  
444  
445  
446  
447  
448  
449  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465  
466  
467  
468  
469  
470  
471  
472  
473  
474  
475  
476  
477  
478  
479  
480  
481  
482  
483  
484  
485  
486  
487  
488  
489  
490  
491  
492  
493  
494  
495  
496  
497  
498  
499  
500  
501  
502  
503  
504  
505  
506  
507  
508  
509  
510  
511  
512  
513  
514  
515  
516  
517  
518  
519  
520  
521  
522  
523  
524  
525  
526  
527  
528  
529  
530  
531  
532  
533  
534  
535  
536  
537  
538  
539  
540  
541  
542  
543  
544  
545  
546  
547  
548  
549  
550  
551  
552  
553  
554  
555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
572  
573  
574  
575  
576  
577  
578  
579  
580  
581  
582  
583  
584  
585  
586  
587  
588  
589  
590  
591  
592  
593  
594  
595  
596  
597  
598  
599  
600  
601  
602  
603  
604  
605  
606  
607  
608  
609  
610  
611  
612  
613  
614  
615  
616  
617  
618  
619  
620  
621  
622  
623  
624  
625  
626  
627  
628  
629  
630  
631  
632  
633  
634  
635  
636  
637  
638  
639  
640  
641  
642  
643  
644  
645  
646  
647  
648  
649  
650  
651  
652  
653  
654  
655  
656  
657  
658  
659  
660  
661  
662  
663  
664  
665  
666  
667  
668  
669  
670  
671  
672  
673  
674  
675  
676  
677  
678  
679  
680  
681  
682  
683  
684  
685  
686  
687  
688  
689  
690  
691  
692  
693  
694  
695  
696  
697  
698  
699  
700  
701  
702  
703  
704  
705  
706  
707  
708  
709  
710  
711  
712  
713  
714  
715  
716  
717  
718  
719  
720  
721  
722  
723  
724  
725  
726  
727  
728  
729  
730  
731  
732  
733  
734  
735  
736  
737  
738  
739  
740  
741  
742  
743  
744  
745  
746  
747  
748  
749  
750  
751  
752  
753  
754  
755  
756  
757  
758  
759  
760  
761  
762  
763  
764  
765  
766  
767  
768  
769  
770  
771  
772  
773  
774  
775  
776  
777  
778  
779  
780  
781  
782  
783  
784  
785  
786  
787  
788  
789  
790  
791  
792  
793  
794  
795  
796  
797  
798  
799  
800  
801  
802  
803  
804  
805  
806  
807  
808  
809  
810  
811  
812  
813  
814  
815  
816  
817  
818  
819  
820  
821  
822  
823  
824  
825  
826  
827  
828  
829  
830  
831  
832  
833  
834  
835  
836  
837  
838  
839  
840  
841  
842  
843  
844  
845  
846  
847  
848  
849  
850  
851  
852  
853  
854  
855  
856  
857  
858  
859  
860  
861  
862  
863  
864  
865  
866  
867  
868  
869  
870  
871  
872  
873  
874  
875  
876  
877  
878  
879  
880  
881  
882  
883  
884  
885  
886  
887  
888  
889  
890  
891  
892  
893  
894  
895  
896  
897  
898  
899  
900  
901  
902  
903  
904  
905  
906  
907  
908  
909  
910  
911  
912  
913  
914  
915  
916  
917  
918  
919  
920  
921  
922  
923  
924  
925  
926  
927  
928  
929  
930  
931  
932  
933  
934  
935  
936  
937  
938  
939  
940  
941  
942  
943  
944  
945  
946  
947  
948  
949  
950  
951  
952  
953  
954  
955  
956  
957  
958  
959  
960  
961  
962  
963  
964  
965  
966  
967  
968  
969  
970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985  
986  
987  
988  
989  
990  
991  
992  
993  
994  
995  
996  
997  
998  
999  
1000

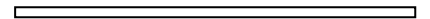
**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Bundesparteitag**

Neuer Punkt 6:  
Frei werdende Mittel werden wir in die Erziehung und Bildung von Kindern investieren

48 Untersuchungen aus den skandinavischen und anderen Ländern bestä-  
49 tigen, dass die getrennten Besteuerung von Ehegatteneinkommen sich  
50 positiv auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt.  
51 Das deutsche Ehegattensplitting zementiert ideologisch ein Familien-  
52 modell mit nicht oder nur geringfügig erwerbstätiger Ehefrau, die sich  
53 um Kinderbetreuung kümmert. Dieses rückwärtsgewandte Familienbild  
54 wird auch den heutigen Ansprüchen an Kinderbetreuung nicht gerecht,  
55 wie die aktuelle Diskussion um frühkindliche Bildung und Ausbau der  
56 Krippenplätze belegt.



## Antrag Nr. F 2

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Keine im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse

Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Bundesparteitag werden aufgefordert, sich gegen eine im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse, die den Bund auf eine Neuverschuldung von 0,35% beschränkt und für die Bundesländer ein Neuverschuldungsverbot festsetzt, auszusprechen.

### Begründung:

Die jüngste Finanzkrise, die ihren Anfang in der sogenannten Immobilienkrise genommen hatte, hat sich in einem immer schneller werdenden Sog zu einer nicht für möglich gehaltenen Rezession entwickelt. Um den negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum, die Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Steuereinnahmen entgegenzuwirken ist die Bundesregierung aktiv geworden und versucht durch diverse Konjunkturprogramme der negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Dieses beherzte Eingreifen des Staates ist nur möglich, weil sich der Bund vorläufig vom Ziel, die Nettoneuverschuldung auf Null zu reduzieren, verabschiedet und zusätzliche Kredite aufgenommen hat. Schon hieran zeigt sich, wie wichtig es ist, einen im vollen Umfang finanzpolitisch handlungsfähigen Staat zu haben.

Doch um weitere Auswüchse in der Schuldenpolitik zu verhindern, soll nach Willen der Föderalismuskommission II eine Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen werden. Ab 2016 verpflichtet sich demnach der Bund, seine Neuverschuldung auf 0,35% des BIP zu drosseln. Die Bundesländer dürften zukünftig ab 2020 gar keine Schulden mehr machen.

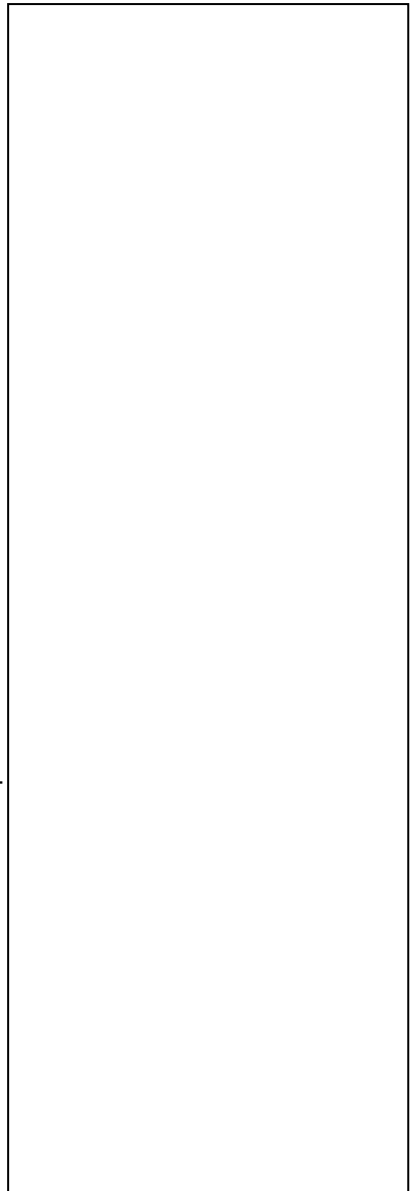
Diese Schuldenbremse ist jedoch ökonomisch und vor allem sozialpolitisch äußerst fragwürdig:

1. In den Jahren 2002-2005 war es der BRD nicht einmal möglich, den wesentlich weniger restriktiv gefassten EU-Stabilitätspakt mit einer Neuverschuldungsgrenze von 3% des BIP einzuhalten. Damals wurde das Defizit vor allem durch Sozialreformen und mit ihnen verbundenen Kürzungen des Sozialtats konsolidiert. Eine Schuldenbremse von 0,35% hätte noch weitaus schärfere Einschnitte nach sich gezogen.

Antragskommission:

Erledigt durch Regierungshandeln

- 49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84
2. Denn die Erfahrungen aus 2002-2005 zeigen, in welchen Bereichen der Staat bei zwangsverordnetem Sparen zuerst kürzt. Während eines erneuten konjunkturellen Abschwunges würden weitere Einsparungen im Sozialstaat, in Bildung und Kultur folgen – stets zu Lasten der Geringverdiener, Arbeitslose und sozial Schwachen. Die Schuldenbremse hätte die wachsende Armut in Deutschland (siehe Armuts- und Reichtumsbericht der BReg) noch deutlich verschärft. Dies ist ein für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unhaltbarer Zustand.
  3. Das Neuverschuldungsverbot für die Länder würde gleichzeitig eine Erhebung von Studiengebühren, eine Abschaffung der Lehrmittelfreiheit sowie der Abbau von Zuschüssen für sozial- und gesundheitlich Benachteiligte unumgänglich machen.
  4. Außerdem ließe eine Schuldenbremse keineswegs den angewachsenen Schuldenberg schmelzen. Eine Haushaltskonsolidierung erfordert vielmehr eine verantwortungsvolle Politik. Dies kann jedoch nur bei hoher Beschäftigung, hoher Wachstumsrate und aus beidem resultierende hohe Steuereinnahmen erreicht werden. Gleichwohl muss sowohl in konjunkturschwachen als auch in vermeintlich guten Jahren jederzeit die Möglichkeit bestehen bleiben, schuldenfinanzierte Anreize zu geben, um aus diesen Investitionen in der Zukunft neue Gewinne zu erwirtschaften.
  5. Überdies ist das Verschuldungsverbot für die Länder verfassungsrechtlich äußerst fraglich. Der Bund hat keine Regelungsbefugnis eine konkrete Verschuldungsgrenze einzuführen. Der Bund darf nach Hans-Joachim Jentsch (ehm. Bundesverfassungsrichter) "keine Nulllinie für alle Länder vorgeben – auch nicht mit der Zustimmung der Bundesländer." Denn darin läge ein Verstoß gegen das Bundesstaatsprinzip, das in seiner aktuellen Form unter die Ewigkeitsklausel fällt. Bund und Länder dürfen schließlich eine eigene Haushaltswirtschaft betreiben, hieran darf nach Jentsch auch nicht durch Verfassungsänderungen gerüttelt werden.
- Daher muss eine solch harte Schuldenbremse in jedem Fall verhindert werden.



1 **Antrag Nr. F 3**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Osnabrück-Land**

5  
6  
7 **Änderung der Subventionspolitik**

8  
9 Die Verantwortlichen in Bund, Land, Kreis und Gemeinden werden  
10 aufgefordert, an Unternehmen und Konzerne gezahlte, und aus  
11 Steuermitteln finanzierte Subventionen noch stärker als bisher an  
12 bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

13  
14  
15 **Begründung:**

16  
17 Subventionen, die an ein Unternehmen gezahlt werden, damit die-  
18 ses Arbeitsplätze in Deutschland schafft und auch erhält sollen  
19 noch stärker als es jetzt schon der Fall ist an bestimmte Bedingun-  
20 gen geknüpft werden:

21  
22 Es sollte generell so geregelt sein, dass gezahlte Subventionen zu-  
23 rückgezahlt werden, wenn das Unternehmen Millionen- und Milli-  
24 ardengewinne einführt. Sollte ein Unternehmen, das in Deutsch-  
25 land, trotz guter Geschäftszahlen, in der Vergangenheit subventi-  
26 onierte Arbeitsplätze fast grundlos abbauen, so sollten folgende  
27 Regelungen getroffen werden:

- 28  
29 - Erhöhte Abfindungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-  
30 ter  
31 - Rückzahlung aller erhaltenen Subventionen ohne Ausnahme  
32 - Strafzahlungen für jeden in Deutschland unnötig abgebauten  
33 Arbeitsplatz in angemessener Höhe

34  
35 Subventionen sollte dazu dienen den Menschen und der Gemein-  
36 schaft zu dienen, und nicht dazu da sein, dass Unternehmen und  
37 Konzerne ihre Gewinne noch weiter steigern können.

**Antragskommission:**

**Überweisung an den  
Bezirksvorstand**





# SPD-Bezirksparteitag 2009

**R**

**Rechtsextremismus**



1 **Antrag Nr. R 1**

2  
3  
4 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

5  
6  
7 **Die SPD im Bezirk Weser-Ems kämpft weiter ent-**  
8 **schieden gegen Rechtsextremismus, Rassismus, An-**  
9 **tisemitismus und Fremdenfeindlichkeit**

10  
11 Die Gefahren, die von Rechtsextremisten ausgehen, muss der  
12 Rechtsstaat mit allen Mitteln bekämpfen. Für diese Auseinander-  
13 setzung der wehrhaften Demokratie gegen die alten und neuen  
14 Nazis müssen alle gesellschaftlichen Gruppen und alle politischen  
15 Ebenen gerüstet sein. Alle Demokraten müssen diesen Gefahren  
16 aktiv entgetreten und sie gemeinsam überwinden.

17  
18 Für die SPD im Bezirk Weser-Ems und ihre Mitglieder heißt dies  
19 insbesondere: Jede/jeder kann und muss, ob Mandatsträger/in  
20 oder einfaches Mitglied, dem rechtsextremistischen Unwesen in  
21 seinem/ihrer Verantwortungsbereich entgegenwirken.

22  
23 Wir sind stolz auf die vielen Sozialdemokratinnen und Sozialde-  
24 mokraten im Bezirk Weser-Ems, die sich in Initiativen, Projekten  
25 und Bürgerbündnissen gegen Rechts engagieren.

26  
27 Wir wissen: Rechtes Denken, Rechtsextreme auf den Straßen und  
28 Neonazis in den Parlamenten kann man nicht mit einem Ruck aus  
29 der Gesellschaft reißen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus  
30 kann nicht allein mit polizeilichen und juristischen Mitteln ge-  
31 wonnen werden. Was wir brauchen ist eine wehrhafte Demokra-  
32 tie: Denn die Gefahr der rechtsextremistischen Gesinnung und der  
33 rechtsextremistischen Gewalt wird nicht von selbst verschwinden.

34  
35 Die politische Bildung zur Abwehr des menschenfeindlichen  
36 Rechtsextremismus muss an Schulen und anderen Bildungsein-  
37 richtungen gefördert werden. Insbesondere für Lehrerinnen und  
38 Lehrer müssen die bestehenden Bildungsangebote flächende-  
39 ckend angeboten werden. Parteipolitische Unabhängigkeit, Plura-  
40 lismus und Überparteilichkeit sind im deutschen Bildungssystem  
41 eine Errungenschaft. Aber das darf nicht mit Standpunktlosigkeit  
42 verwechselt werden. Demokratie braucht politische Bildung, die  
43 auch in den Schulen und Jugendeinrichtungen entschieden Partei  
44 für die Demokratie ergreift.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an  
Landtagsfraktion**

46 Im Justizwesen gilt es für eine bessere Ausstattung der Staatsan-  
47 waltschaften sowie für zeitnahe Verfahren und Verurteilungen  
48 von rechtsextremistischen Tätern zu sorgen. Die bundesweite Bil-  
49 dung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Sonderkommis-  
50 sionen ist hierfür der wichtige Weg. Wir brauchen keine neuen,  
51 sondern die konsequente Anwendung bestehender Gesetze.

52  
53 Die Polizei in Niedersachsen muss für eine Null-Toleranz-Strategie  
54 gegen Rechtsextremismus sensibilisiert und qualifiziert werden.  
55 Die gegen Rechtsextremisten verhängten Buß- und Strafgelder  
56 sollen Initiativen zugute kommen, die den Rechtsextremismus be-  
57 kämpfen. Die Feinde der Verfassung sollen helfen, ihre Gegner zu  
58 finanzieren. Wir ermutigen die Initiativen ausdrücklich, sich bei  
59 den Gerichten in die entsprechenden Listen der förderungswürdi-  
60 gen Organisationen eintragen zu lassen.

61  
62 Das niedersächsische Innenministerium soll den Kommunen  
63 Handlungshilfen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsex-  
64 tremismus, insbesondere bei der Handhabung des Versammlungs-  
65 rechts anbieten. Die Kommunen sind aufgerufen, den Spielraum  
66 des Versammlungsrechts zur Verhinderung von Naziaufmärschen  
67 konsequent auszuschöpfen.

68  
69 Kommunale Verantwortungsträger dürfen vor rechtsextremisti-  
70 schen Umtrieben in ihren Gemeinden nicht die Augen verschlie-  
71 ßen. Sie tragen die Verantwortung, dass die Förderprogramme des  
72 Bundes und des Landes Niedersachsen gegen Rechts auf kommu-  
73 naler Ebene auch abgefordert, kofinanziert und umgesetzt wer-  
74 den.

75  
76 Die SPD im Bezirk Weser-Ems wird ihre Beratung für Kommunal-  
77 politiker und alle Ehrenamtlichen intensivieren und fordert die an-  
78 deren demokratischen Parteien dazu auf, gleiches zu tun. Sie wird  
79 ihre Kontakte zur Zivilgesellschaft, vor allem zu Gewerkschaften,  
80 Kirchen, Vereinen sowie zu Künstlerinnen und Künstler intensivie-  
81 ren.

## Antrag Nr. R 2

Antragsteller: UB Osnabrück-Land

Gegen Rechtsextremismus - Für eine tolerante Gesellschaft! Doppelstrategie gegen Rechts

### I. Prolog

1. Rechtsextremismus ist für uns keine Meinung, sondern eine aggressive Form der Manifestierung von Menschenverachtung, Intoleranz, Gewaltausübung und totalitärer Herrschaftsform. Wir bekennen uns dabei klar zur freiheitlich, demokratischen Grundordnung und sehen jegliche Form von Rechtsextremismus als einen Angriff auf unsere Verfassung. Wir wenden uns somit gegen jede Form des Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir haben erkannt, dass das rechtsextreme Potential wesentlich höher ist, als die Wahlergebnisse der NPD und DVU widerspiegeln.

2. Rechtsextremismus ist dabei kein typisch ostdeutsches Problem, sondern der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Die Rechten sind schon längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Diesen Erfolg konnten sie aufgrund ihrer strategischen, ideologischen und kulturellen Neuorientierung erreichen. Die Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung, Homosexuelle, Juden und anderen Minderheiten in unserer Gesellschaft nehmen kontinuierlich an Zahl und Intensität zu. Gleichzeitig stellen sich die Rechten, als die Sozialen dar. Familienfeste, Kinderbetreuungsangebote, Hilfe bei Antragsstellungen und eine antikapitalistische und globalisierungsgegnerische Politik haben sie gesellschaftsfähig werden lassen. Linke Themen werden genauso von den Rechten missbraucht, wie linke Symbole. So ist rechtes Gedankengut mittlerweile bei vielen Jugendlichen verbreitet und fester Bestandteil der Jugendszene und Musikkultur geworden.

3. Sie werden nicht mehr nur als gewaltverherrlichend oder radikal erkannt. Bomberjacken, Stiefel und Glatzen sind nicht mehr unbedingt das typische Erscheinungsbild der Rechten. Die Vier-Säulenstrategie geht folglich auf. In immer mehr Orten etablieren sich rechte Parteien. Geld spielt dabei keine Rolle. Herr Rieger kauft eine Immobilie nach der andern auf

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an Bundestagsfraktion

47 oder versucht zumindest durch mögliche Käufe, diese presse-  
48 tauglich zu verarbeiten. Ganze Ortschaften werden zur „na-  
49 tional befreiten Zone“ erklärt.  
50

51 4. Auch treiben sie ihre falsche Geschichtsdeutung weiter vo-  
52 ran. Sie versuchen durch Heldengedenktage für die gefallen  
53 Wehrmachtssoldaten und Gedenktage für die Opfer alliierter  
54 Bomben die Geschichte zu verdrehen. Zynisch wird es zudem,  
55 wenn Rechte anfangen Rosa-Luxemburg-Zitate auf Transpa-  
56 renten zu schreiben.  
57

58 5. Zu unserem historischen Bewusstsein gehört aber, dass wir  
59 den Holocaust, die Erinnerung an die Folter, die Unterdrü-  
60 ckung und Massenermordung von Minderheiten und alle  
61 weiteren Verbrechen, die von den Nazis begangen wurden  
62 nicht vergessen.  
63

64 6. Aus diesem Grund ist die derzeitige Situation für uns nicht  
65 hinnehmbar. Wir besitzen die Vorstellung einer toleranten  
66 und offenen Gesellschaft. Wir wollen ein pluralistisches, soli-  
67 darisches und tolerantes Miteinander, frei von jeder Form  
68 von Gewalt, Vorurteilen, Vor-Verurteilungen und jeglicher  
69 Art von Diskriminierungen.  
70

## 71 II. Doppelstrategie gegen Rechts

72 7. Wir sind in einer derzeit kaum aushaltbaren Situation, dass  
73 rechte Parteien, namentlich die NPD, legal agieren können.  
74 Zum anderen verbreitet sich das rechte Gedankengut immer  
75 weiter in unserer Gesellschaft. Daraus folgern wir, dass wir  
76 gegen jegliche rechte Bewegung entschieden vorgehen müs-  
77 sen. Um hierbei erfolgreich zu sein, müssen wir eine Doppel-  
78 strategie verfolgen. Wir müssen den Rechtsextremismus von  
79 zwei Seiten bekämpfen, damit wir erfolgreich sein werden.  
80

### 81 II. 1) NPD-Verbotsverfahren

82 8. Wir fordern, dass das NPD-Verbotsverfahren wieder auf-  
83 genommen wird.  
84

85 9. Gegner eines solchen Verbotes haben vier Kernargumente:

86 1. Ein NPD-Verbot wird an den V-Männern scheitern.  
87 2. Es geht keine akute Gefahr von der NPD aus und somit  
88 würde ein Parteiverbot spätestens am Europäischen Ge-  
89 richtshof scheitern.

90 3. Sollte die Partei verboten werden, würde sie in den Un-  
91 tergrund abtauchen und wäre somit schwerer zu beobach-  
92 ten.

93 4. Man soll Meinungen nicht verbieten, sondern argumen-  
94 tativ begegnen.  
95

96 10. Sicherlich ist der erste Anlauf eines NPD-  
97 Verbotsverfahrens an dem ersten Kernargument gescheitert.

98 Jedoch hat sich die Situation seit dem geändert. Mittlerweile  
99 ist für jede Bürgerin und jedem Bürger offensichtlich, dass  
100 die NPD offen und eklatant eine gewaltbereite, gewaltaus-  
101 übende Partei ist, die unsere Rechtsordnung und unsere Ver-  
102 fassung attackiert. Wenn führende Parteifunktionäre offen  
103 über eine „Überwindung“ und „Zerschlagung“ dieser Staats-  
104 form reden, ein „Großdeutsches Reich“ nach den „alten  
105 Grenzen“ fordern und dies auch in ihren Schriften verbreiten,  
106 so sind im Laufe der letzten Zeit genügend Beweise zusam-  
107 men gekommen, um die Partei verbieten zu können. Der  
108 Staat braucht nicht mehr die V-Männer, um genügend Be-  
109 weise aufzuführen. Die Beweise haben die NPD-Politiker  
110 selbst zu genüge in den vergangenen Jahren erbracht.

111  
112 11. Die Situation von der Gefahr von Rechts schätzen wir an-  
113 anders ein. Es besteht sehr wohl eine akute Gefahr. Die Über-  
114 griffe mit rechtsradikalem Hintergrund auf Menschen neh-  
115 men kontinuierlich zu. In immer mehr Parlamenten sind  
116 Rechte vertreten, sowohl auf Landes- aber auch gerade auf  
117 kommunaler Ebene. Wie lange soll man denn warten, bis es  
118 akut ist? So lange, bis man auf einmal selbst verboten wird?  
119 Dies ist für uns kein Argument, da für uns jede Form von  
120 Rechtsradikalismus nicht zumutbar und akut ist.

121  
122 12. Auch wollen wir Rechtsextremismus nicht beobachten,  
123 sondern bekämpfen. Rechtes Gedankengut gehört aus den  
124 Köpfen der Menschen heraus. Zudem haben wir festgestellt,  
125 dass wir die V-Männer für ein NPD-Verbotsverfahren nicht  
126 nutzen müssen. Somit können sie weiter unentdeckt bleiben  
127 und weiterhin dem Verfassungsschutz Informationen über  
128 die Aktivitäten zukommen lassen.

129  
130 13. Wir erkennen an, dass man Meinungen argumentativ be-  
131 gegnen soll, aber für uns ist Rechtsextremismus keine Mei-  
132 nung. Wie soll man einer Meinung die Freiheit einräumen  
133 sich unbeschwert zu verbreiten, die das Ziel hat alle anderen  
134 Meinungen zu bekämpfen und auszurotten. Eine solche Mei-  
135 nung muss mit allen Mitteln bekämpft werden!

136  
137 14. Wir können nicht verstehen, warum wir eine solche Partei  
138 mit öffentlichen Steuergeldern finanzieren sollen. Der Staat  
139 fördert damit finanziell die eigene Abschaffung. Das ist unlo-  
140 gisch und falsch! Hinzu kommt, dass mit einem NPD-Verbot  
141 die zunehmenden Demonstrationen verboten werden kön-  
142 nen. Derzeit sind den Ordnungsämtern alle Hände gebunden,  
143 um Demonstrationen der NPD zu verbieten, da sie eine legale  
144 Partei ist. Auch könnte nach einem Verbot der NPD, diese  
145 nicht mehr ihre CDs auf Schulhöfen verteilen und somit auf  
146 Fang von Jugendlichen gehen. Ein Verbot der Partei würde ihr  
147 das öffentliche Forum entziehen.

148 15. Aus diesem Grund fordern wir, dass endlich alle Mittel ge-  
149 nutzt werden, um die NPD zu verbieten.

150

151 II.2 ) Bekämpfung rechten Gedankenguts

152 16. Ein NPD-Verbot reicht jedoch nicht aus. Es entzieht den  
153 Rechten zwar die Legalität, nicht aber ihr Gedankengut. Die-  
154 ses gilt es aber endlich aus allen Köpfen zu entfernen und die  
155 Rechten wieder aus der Mitte der Gesellschaft zu werfen.

156

157 17. An erster Stelle müssen wir dafür sorgen, dass sich das  
158 rechte Gedankengut nicht weiter verbreitet. Gerade bei Ju-  
159 gendlichen müssen wir dafür Sorge zu tragen, dass die Rech-  
160 ten kein Nährboden mehr finden. Wir machen uns dafür  
161 stark, dass rechtes Gedankengut nicht mehr auf Schulhöfen  
162 verteilt wird und fordern eine stärkere Aufmerksamkeit von  
163 Eltern und Lehrkräften, sowie eine organisierte Zusammen-  
164 arbeit.

165

166 18. Eine flächendeckende und intensive Aufklärungsarbeit ist  
167 dabei fester Bestandteil unserer Arbeit. Unser Ziel muss es  
168 sein, dass wir gemeinsam mit Bündnispartner über die Hin-  
169 tergründe rechtsextremer Handlungen aufklären, rechtsext-  
170 reme Argumente widerlegen und eine demokratische, tole-  
171 rante und kulturelle Alternative bieten. Wir werden auch  
172 weiterhin gegen rechte Demonstrationen und andere Aktivi-  
173 tätäten vor Ort mobilisieren und uns aktiv an den Gegende-  
174 monstrationen beteiligen.

175

176 19. Für eine erfolgreiche Arbeit gegen rechtes Gedankengut  
177 muss diese mit ausreichend Geldern ausgestattet sein. Wir  
178 sind gegen jegliche Kürzungen bei den Stiftungen, die Projek-  
179 te gegen Recht unterstützen. Die Arbeit muss langfristig,  
180 kontinuierlich und ausreichend mit finanziellen Mitteln aus-  
181 gestattet sein bzw. werden. Wir werden uns deswegen gegen  
182 jegliche Streichung finanzieller, öffentlicher Mittel in diesem  
183 Bereich wehren.

184

185 20. Für die Arbeit innerhalb der SPD bedeutet dies, dass wir  
186 die innerverbandlichen Strukturen stärken und weiter auf-  
187 bauen werden. Wir müssen den Landesverbänden und Bezir-  
188 ken helfen, die akut von Rechtsextremismus betroffen sind.  
189 Wir müssen dabei geeignete Bedingungen schaffen, um das  
190 Engagement innerhalb und außerhalb des Verbandes zu  
191 stärken.

192

193 21. Letztlich kann aber die Arbeit gegen Rechts nur erfolgreich  
194 sein, wenn wir es schaffen, dass wir den Rechten ihren Nähr-  
195 boden entziehen. Wir brauchen eine Verbesserung der sozia-  
196 len Situation, bessere und breitangelegtere Bildung und ein  
197 funktionierendes Gerechtigkeitsgefühl, damit die Menschen  
198 wieder Vertrauen in die Demokratie haben.



# SPD-Bezirksparteitag 2009

**O**

**Organisationspolitik**



# Antrag Nr. O 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Einführung von Landeslisten zur Europawahl 2014

Der SPD-Bezirk Weser-Ems fordert die Bundespartei auf, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament künftig mit Landeslisten der jeweiligen Landesverbände zu kandidieren.

## Begründung:

Das bisher praktizierte System der Bundeslisten bringt deutliche Nachteile mit sich, sowohl was die Personalisierung im Wahlkampf anbelangt als auch bezüglich der regionalen Verteilung der Mandate.

Auf den Stimmzetteln werden jeweils nur die ersten zehn Personen eines jeden Wahlvorschlages abgebildet. Dieses führt dazu, dass Parteien, die mit einer Landesliste antreten, mit vielen regionalen Kandidaten auf dem Stimmzettel vertreten sind und so von einer hohen Wiedererkennbarkeit profitieren. Die potenziellen Wähler von Parteien, die mit einer Bundesliste antreten, finden hingegen mitunter nicht einmal einen Kandidaten aus dem eigenen Bundesland unter den zehn abgedruckten Namen.

Zudem ist bei dem System der Landeslisten gewährleistet, dass es zu einer fairen Verteilung der Mandate auf die Landesverbände kommt, die die Wahlergebnisse der Partei in den einzelnen Bundesländern widerspiegelt.

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung an  
Bundesparteitag

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

## Antrag Nr. O 2

Antragsteller: KV Leer

### Aufstellung von Landeslisten bei der Europawahl

Der Kreisparteitag fordert alle Entscheidungsträger der SPD auf, sich intensiv für die Aufstellung von Landeslisten bei den Europawahlen einzusetzen.

#### Begründung:

Anders als die CDU und CSU trat die SPD mit einer Bundesliste zur Europawahl an. Somit entstand ein wesentlicher Konkurrenznachteil, da im Gegensatz zu einer Landesliste mit einer Bundesliste keine entsprechende Personalisierung erreicht werden kann

Bei einem Ergebnis von 20,8 Prozent und somit mit künftig 23 SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist eine angemessene Vertretung der Regionen - als wesentlicher Grund für die Bundesliste - in keinster Weise gewährleistet. Insbesondere jedoch unter regionalen Gesichtspunkten wie auch unter dem Aspekt der Personalisierung ist die Aufstellung von Landesliste ein notwendiger Schritt.

Antragskommission:

Erledigt durch O 1

## 1 Antrag Nr. O 3

2  
3  
4 Antragsteller: Bezirksvorstand

5  
6  
7 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit des SPD-  
8 Bezirks Weser-Ems mit der niederländischen Partij  
9 von de Arbeid (PvdA) im Gebiet der Ems-Dollart Re-  
10 gion (DER)

11  
12 Der SPD-Bezirk Weser-Ems strebt an, die Zusammenarbeit mit den  
13 Genossinnen und Genossen der Partij van de Arbeid (PvdA) auf der  
14 niederländischen Seite der Ems-Dollart-Region zu intensivieren.

15  
16  
17 Begründung:

18  
19 Europa beginnt in der Region. Um den Europäischen Gedanken  
20 wirklich zu leben, müssen wir direkt vor der Haustür beginnen. Auf  
21 dem Gebiet der Ems-Dollart-Region (EDR), die große Teile des Be-  
22 zirks Weser-Ems und auf niederländischer Seite im Wesentlichen  
23 die Provinzen Drenthe, Friesland und Groningen umfasst, wird die  
24 grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit vielen Jahren prakti-  
25 ziert.

26  
27 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf beiden Seiten  
28 der deutsch-niederländischen Grenze sollten wir uns regelmäßig  
29 über unsere Ziele und Vorstellungen austauschen, um unsere Inte-  
30 ressen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit  
31 gemeinsam vertreten zu können.

32  
33 Deshalb sollte der SPD-Bezirk Weser-Ems das Gespräch mit den  
34 Parteigliederungen der PvdA in den Provinzen Drenthe, Friesland  
35 und Groningen suchen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit  
36 ausloten.

37  
38 Auf dem Gebiet der EUREGIO (Gronau), zu der u.a. die Region Os-  
39 nabrück und die Grafschaft Bentheim gehören, besteht bereits ei-  
40 ne regelmäßige Zusammenarbeit auf der Fraktionsebene des  
41 EUREGIO-Rates. Eine Ausweitung wäre auch dort  
42 unterstützenswert.

Antragskommission:

Annahme

## 1 Antrag Nr. O 4

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

5  
6  
7 **Die bestehende Bezirksstruktur ist beizubehalten**

8  
9 Die SPD-Bezirke in Niedersachsen werden aufgefordert, den SPD-  
10 Landesverband personell und organisatorisch zu stärken und  
11 durch eine prozentuale Beteiligung an den Mitgliedsbeiträgen fi-  
12 nanziell abzusichern.

13  
14  
15 **Begründung:**

16  
17 Es ist unbestritten, dass die SPD in Niedersachsen ihren Landes-  
18 verband stärken muss. Das erreicht sie aber nicht durch die Auf-  
19 lösung der Bezirke.

20 Die Argumentation der Zukunftskommission, dass mit der Auflö-  
21 sung der Bezirksregierungen, einer der wichtigsten Gründe für  
22 die Bezirksorganisation entfallen sei, ist die unpassendste Be-  
23 gründung. Die Nachteile der Auflösung der Bezirksregierungen  
24 sind doch allgemein bekannt und sollten für die SPD ein abschrec-  
25 ckendes Beispiel sein. Die SPD darf diesen Fehler nicht begehen.

26 Die Bildung von Regionen wird gegenüber dem Erhalt der Bezirke  
27 keineswegs kostengünstiger sein. Der Vorschlag, dass es in den  
28 Unterbezirken Büros als Anlaufstelle geben soll, würde zusätzli-  
29 che Kosten verursachen. Die Möglichkeiten der Finanzierung  
30 wurden scheinbar nicht gründlich berechnet.

31 Die SPD-Unterbezirke im Bezirk Weser-Ems haben immer wieder  
32 ihre Mitglieder motiviert und mobilisiert und damit die erforder-  
33 liche Kampagnenfähigkeit unter Beweis gestellt. Diese Bereit-  
34 schaft darf nicht durch Zentralisierung zerstört werden. Durch  
35 die Beibehaltung der Bezirke bleibt eine wichtige Voraussetzung  
36 für die Präsenz in der Fläche erhalten.

37 Im Bezirk Weser-Ems bilden Ostfriesen, Emsländer, Osnabrücker  
38 und Oldenburger gemeinsam eine starke politische Kraft in Nie-  
39 dersachsen. Eine Trennung würde sie schwächen.

**Antragskommission:**

**Weiterleitung an ei-  
nen außerordentli-  
chen Parteitag**

1 **Antrag Nr. O 5**

2  
3  
4 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

5  
6  
7 **Die SPD-Bezirke in Niedersachsen dürfen nicht auf-**  
8 **gelöst werden**

9  
10 Die Delegierten des Bezirksparteitages werden aufgefordert, sich  
11 gegen eine Auflösung des Bezirks Weser-Ems aussprechen.

12  
13  
14 **Begründung:**

15 Die SPD lebt von der Aktivität ihrer Mitglieder.

16 Der Aufbau einer Partei hat immer von unten nach oben zu erfol-  
17 gen.

18 Es ist unsere Überzeugung, dass sich die Auflösung einer Gliede-  
19 rung SPD-Weser-Ems negativ auf die Struktur der Landespartei  
20 auswirken wird.

21 Derartige Entwicklungen haben wir bei den Gewerkschaften be-  
22 reits leidvoll miterlebt.

23 Die Auflösung der Bezirksregierungen hat gezeigt, dass dadurch  
24 die Region Weser-Ems zunehmend an Einfluss in Hannover verlo-  
25 ren hat.

26 Deshalb ist die Auflösung dieser wichtigen Mittelinstanz auf Par-  
27 teiebene in einem Flächenland wie Niedersachsen unbedingt ab-  
28 zulehnen.

29 Fehler wie in Nordrhein-Westfalen müssen wir in Niedersachsen  
30 nicht wiederholen.  
31

**Antragskommission:**

**Weiterleitung an ei-  
nen außerordentli-  
chen Parteitag**

1 **Antrag Nr. O 6**

2  
3

4 **Antragsteller: KV Friesland**

5  
6

7 **Rückmeldung bei weitergeleiteten Anträgen**

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen sich dafür einzusetzen,  
10 dass bei der Weiterleitung von Anträgen an höhere Parteigliede-  
11 rungen in Zukunft eine Rückmeldung an die Gliederungen, die  
12 Anträge gestellt haben, erfolgt, was bzw. wie mit den gestellten  
13 Anträgen weiter verfahren wurde bzw. was daraus geworden ist.

14

15

16 **Begründung:**

17

18 Auf dem Kreisverbandsparteitag werden oftmals Anträge z. B. an  
19 den Landes- bzw. Bundesvorstand gestellt.

20 Bei diesen gestellten Anträgen erfolgt nur selten eine Rückmel-  
21 dung.

22 Für eine politische Arbeit vor Ort ist es unbefriedigend, keine  
23 Rückmeldung zu erhalten.

**Antragskommission:**

**Annahme**

**Weiterleitung an Par-  
tei- und Landesvor-  
stand**



# **SPD-Bezirksparteitag 2009**

## **Personalvorschläge**



# SPD-Bezirksparteitag 2009

## PERSONALVORSCHLÄGE

### Bezirksvorstand

vorgeschlagen durch

### Bezirksvorsitzender

Garrelt Duin  
(UB Aurich)

Bezirksvorstand  
UB Aurich  
KV Osnabrück-Land

### Stellvertretende Bezirksvorsitzende

Johanne Modder  
(KV Leer)

Bezirksvorstand  
KV Leer

Gerd Will  
(KV Grafschaft Bentheim)

Bezirksvorstand

### Schatzmeister

Hans-Dieter Haase  
(UB Emden)

Bezirksvorstand  
UB Emden

### Beisitzer/innen

Axel Brammer  
(UB Oldenburg-Land)

Bezirksvorstand  
UB Oldenburg Land

Hans Forster  
(UB Aurich)

Bezirksvorstand  
UB Aurich

Matthias Groote  
(KV Leer)

Bezirksvorstand  
KV Leer

Holger Heymann  
(KV Wittmund)

Bezirksvorstand  
KV Wittmund

Wolfgang Kirchner  
(KV Osnabrück-Land)

Bezirksvorstand  
KV Osnabrück-Land

Olaf Lies  
(KV Friesland)

Bezirksvorstand  
KV Friesland

Hermann Mohrschladt (UB Wesermarsch)	Bezirksvorstand
Hanna Naber (UB Oldenburg-Stadt) Sigrid Rakow (KV Ammerland)	Bezirksvorstand UB Oldenburg-Stadt Bezirksvorstand KV Ammerland
Kathrin Rühl (KV Osnabrück-Land)	KV Osnabrück-Land
Horst Simon (KV Osnabrück-Stadt)	KV Osnabrück-Stadt
Kristina Stuntebeck (UB Vechta)	Bezirksvorstand UB Vechta
Beate Uhlmann (KV Osnabrück-Land)	Bezirksvorstand
Christine Will (KV Wilhelmshaven)	Bezirksvorstand KV Wilhelmshaven

<b>Delegierte Bundesparteitag</b>	Vorgeschlagen durch
Bettina Behnke (UB Aurich)	UB Aurich
Hilda Christians (UB Aurich)	UB Aurich
Florian Eiben (UB-Oldenburg-Stadt)	UB Oldenburg-Stadt
Angelika Hentschel (UB Emden)	UB Emden
Holger Heymann (KV Wittmund)	KV Wittmund
Olaf Lies (KV Friesland)	KV Friesland
Uli Mittelstädt (UB Aurich)	UB Aurich
Johann Wilhelm Peters (KV Friesland)	UB Friesland
Dennis Rohde (KV Ammerland)	KV Ammerland

Daniel Schweer  
(KV Osnabrück-Land) KV Osnabrück-Land

Beate Uhlmann  
(KV Osnabrück-Land) KV Osnabrück-Land

**Delegierte Parteirat** Vorgeschlagen durch

Hans Forster  
(UB Aurich) UB Aurich

Hans-Dieter Haase  
(UB Emden) UB Emden

Kathrin Rühl  
(KV Osnabrück-Land) KV Osnabrück-Land

**Bezirksschiedskommission** Vorgeschlagen durch

Vorsitzende/r:

Helmut Hinrichs  
(UB Oldenburg Land)

Stellvertretende Vorsitzende:

Renate Dittrich  
(UB Aurich)

Christa Jelinek  
(KV Ammerland)

Beisitzer/innen

Hilbrand Hilbrands  
(KV Leer) KV Leer

Heinrich Trimpe-Rüschemeyer  
(KV Osnabrück-Land) KV Osnabrück-Land

Bernd Grahlmann  
(Kreisverband Friesland) KV Friesland

Frank-Henner Trennel  
(KV Wilhelmshaven) KV Wilhelmshaven

## Revisoren/innen

Hermann Bokelmann  
(UB Oldenburg-Land)

Doris Fritz  
(KV Osnabrück-Land)

Ludwig Jürgens  
(KV Wilhelmshaven)

Brigitte Schmidt  
(UB Vechta)

Wilt Wilts  
(UB Aurich)

## Vorgeschlagen durch

UB Oldenburg-Land

KV Osnabrück-Land

KV Wilhelmshaven

UB Vechta

UB Aurich